



Nr. 166

INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

24. Oktober 1991

Vorwort

Die antirassistischen Initiativen und Aktionen sind mal wieder Schwerpunkt dieses Heftes. Wir hoffen auf ausreichend "Luft" für die Kontinuität dieses wichtigen politischen Ansatzes.
Hinweisen wollen wir auf die Aktion am Waterloo-Ufer zur Verhinderung der Verschiebung von Flüchtlingen in die FNL. Erfreulihc ist die Demovorbereitung für den 30.10. zur Innenminister-Konferenz in Berlin (s. Demo-Aufruf).
Ansonsten gibt es ein interessantes internes Kirchen-Papier über ihre "Flüchtlingspolitik". Die Pforten sind dicht!
Ebenfalls Probleme mit den "Seelsorgern" gibt es in Neumünster bei der Kirchenbesetzung.
Den meisten Platz des Heftes nimmt ein langes Papier von Heinz Schenk zur Kritik "autonomer Politik" ein. So gut wir den Versuch finden die "Autonomen" politisch einzuordnen und einer grundsätzlichen Kritik zu unterwerfen, so schlecht ist es H. Schenk doch gelungen.Es wird ein Klischee-Bild "der Autonomen" entworfen, welches es in der Realität nicht gibt. Die politischen Auseinandersetzungen und theoretischen Ansätze werden oberflächlich und polemisch kritisiert. Deine geforderte Wissenschaftlichkeit und emotionsfreie Herangehensweise gelingt dir überhaupt nicht. Deine Vorschläge zur "Änderung" der Politik sind nicht neu und werden seit Jahren quasi kampagnenmäßig, immer wieder neu produziert.
Bedenklich finden wir in der Volxsporterklärung der "antifaschistischen Zelle" die Empfehlung des Telefonterrors. Nicht das wir humorlos wären oder kein Spaß am Pizza-Service oder Weckdienst hätten, dieses aber in einem Atemzug mit "Morddrohungen" zu nennen finden wir geschmacklos.

Zum Schluß wollen wir noch auf die neuen Ausgaben der **Radikal** und von **Asterix** hinweisen, die wie immer hinter jedem gut sortierten Ladentisch zu erhalten sind.

Inhaltsverzeichnis:

Ordnerliste:

- Prozess gegen Olaf, HH
- "Asyl in der Kirche" (Fortsetzung)
- Auerbach- Fälschung
- Den SA-Mob stoppen, HH
- AntiFa-Demo Kiel
- Kulturzentrum in Ortaköy/ Istanbul
- Anti-AKW-Konferenz (Fortsetzung)

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Aufruf zur Demo und Veranstaltung gegen die Konferenz der europäischen Innen -und Justizminister im Reichstag am 30. und 31.10.91

Am 30. und 31. Oktober findet in Berlin (Reichstagsgebäude) die " Konferenz über Fragen der illegalen Zuwanderung aus und über Mittel- und Osteuropa statt. BRD- Innenminister Schäuble hat dazu Innen- und Justizminister aus 20 Regierungen der Herkunfts-, Transit und Einwanderungsländer, sowie die EG-Kommission eingeladen. Die Konferenz wird weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Flüchtlings- und Einwanderungspolitik in globalem Maßstab haben. Sie wollen ein wirkungsvolles sozialktechnisches Instrumentarium entwickeln, mit dem sie die weltweiten Wanderungsbewegungen besser regulieren, selektieren und kontrollieren können. Die Bandbreite dieser Maßnahmen reicht von sozialtechnischen Integrationsprojekten, für wenige "Bevorzugte" (Stichwort Multikulturelle Gesellschaft), Zwangsintegration. Kontingentierung, Verschärfung des Asylverfahrens, über Kasernierung in Lagern, Illegalisierung der Flüchtlinge, bis zu Polizei- und BGS-Einsätzen an Grenzen und Flughäfen, zur sofortigen Abschiebung und Rücktransport in die Kriegs-, Krisen-, und Elendsregionen.

Es geht den Verursachern und Verwaltern des weweltweiten Flüchtlingselends nicht um die völlige Schließung der europäischen Reichtumsgrenzen, da Staat und Kapital zunehmend billige Arbeitskräfte benötigen. Verhindert werden soll die **unkontrollierte** Einwanderung der Menschen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und zukünftig verstärkt derjenigen aus Osteuropa. Es geht ihnen um eine rassistische und sexistische Politik der Selektion und Kontrolle jener Menschen, die sich weltweit auf den Weg machen, Armut, Hunger, Krieg und den Methoden "moderner", vom Kapital durchgesetzter Bevölkerungspolitik zu entrinnen. Schon heute gelangt nur ein Bruchteil der weltweiten Flüchtlinge in die metropolitanen Regionen, um hier ihr Recht auf Existenz und menschenwürdiges Leben einzufordern.

Die Aussonderung nach Kriterien der Verwertbarkeit -, Alter, Geschlecht, Qualifikation, sozialer Herkunft, politischer Gesinnung usw. soll möglichst schon in den Hekunftsländern, spätestens aber an den, nach außen verlagerten Grenzen der EG (Polen, CSFR, Nordafrika) erfolgen. Die koordinierte Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik wird sich nach dem Willen der Planer und Verwalter zwischen Abschottung und Abschiebung nicht "Verwertbarer" einerseits, und der kontrollierten Einwanderung "billiger" Arbeitskräfte andererseits bewegen. Die Illegalisierung eines Teils dieser Menschen ist beabsichtigt und wird vorangetrieben, um MigrantInnen hier in ungesicherte Niedrigstlohnverhältnisse zu zwingen.

Die von Politikern und Medien geführte Asyldebatte, die willkürliche Aufspaltung der MigrantInnen in Asylsuchende, politische oder Wirtschaftsflüchtlinge, Aussiedler usw., hat zum Ziel, neue effektivere Steuerungs- und Kontrollinstrumente herauszufinden. Darüberhinaus soll der somit angeheizte "Rassismus von unten", als Abwehr- und Wohlstandsrassismus die heraufziehenden sozialen Konflikte vorbeugend eindämmen. Beispielsweise die rassistische Schuldzuweisung an MigrantInnen verantwortlich zu sein, für Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot.

Offene Grenzen, Bleibe - und Existenzrecht für alle Flüchtlinge und MigrantInnen ist für das transnationale Kapital und seine reichen Staaten die Horrorvorstellung an sich. Hieße es doch letztlich die Umverteilung und Teilhabe an jenem Reichtum, den die europäischen Metropolen seit nunmehr 500 Jahren angehäuft haben, hieße es doch die endgültige Infragestellung jenes europäischen Zivilisations- und Modernisierungsmodells, das sich auf Ausplünderung, Hunger und Vernichtung gründet. Darüberhinaus könnte die unkontrollierte Einwanderung aus den drei Kontinenten und Osteuropa das krisenhafte Modernisierungsmodell der Metropolen im Innern selbst ernsthaft gefährden. Einen Vorgeschmack der sozialen Kampfdynamik geben die Aufstände der 2. und 3. Generation der "MigrantInnen" in den französischen Vor- und Kleinstädten, die seit Jahren anhaltenden Kämpfe der Schwarzen in Britain, oder die Besetzungsaktionen der zehntausende zählenden schwarzen Illegalen in Italien. Selbst in der BRD beginnen sich neue soziale Prozesse herauszuschälen, die kaum mehr integrierbar sind.

VV Donnerstag 20.00 Versammlungsraum (Mehringhof)

Weg mit dem Ausländergesetz

Offene Grenzen und Bleiberecht für alle

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten

DEMO 30.10.

17.00 Adenauerplatz

autonome Flüchtlingsgruppen, Berlin

waterlooufer mittwoch und donnerstag morgens:

flüchtlinge werden gegen ihren willen an orte verfrachtet, die ihnen aufgrund des aufflammenden rassismus zu gefährlich sind. täglich finden in den alten und neuen bundesländern überfälle auf flüchtlinge und immigrantinnen statt.

in berlin gibt es bisher diese überfälle und demütigungen noch nicht in diesem ausmaß. deswegen flüchten viele erstmal hierher.

wir sind prinzipiell für die freie wahl des wohnortes; und das gilt genauso für flüchtlinge und immigrantinnen!

mannheimerstr. mittwoch nacht:

busse von "bayern-express", der firma, die hauptsächlich die vom waterlooufer ausgehenden verschubfahrten der flüchtlinge durchführt, diese busse brennen und sind wohl so schnell nicht mehr einsetzbar.

Unsere aktion verhindert weder den rassismus noch die durchführung des ausländergesetzes. sie setzt jedoch an einem glied der kette an, ohne die der ganze rassistische apparat nicht reibungslos funktioniert.

auf daß diese kette durch vielfältigste aktionen gesprengt wird!

arag

(anit-rassistische gruppe)

Aktionen gegen Abschiebung

Beteiligtes Unternehmen mit Brandanschlag bedroht / Auch das Büro von Barbara John wurde besetzt

Berliner Flüchtlingsgruppen machen mobil: An mehreren Stellen der Stadt gab es gestern Aktionen zur Unterstützung von Asylbewerbern. Auf Flugblättern forderten sie das Bleiberecht für alle Flüchtlinge und die freie Wahl des Wohnortes. Eine Sprecherin der Innenverwaltung erklärte dagegen, es könne nicht angehen, daß die Flüchtlinge sich ihren Aufenthaltsort selbst aussuchten. Die Aufteilung in Aufnahmelager im Bundesgebiet werde weitergehen.

Die aufsehenerregendste Aktion begann Donnerstag früh: Gegen 2.30 Uhr zündeten auf dem Parkplatz des Busunternehmens „Bayernexpress" in der Mannheimer Straße in Wilmersdorf mehrere Brandsätze. Fünf Busse gingen in Flammen auf, zwei weitere wurden schwer beschädigt. Die Feuerwehr räumte zwischenzeitlich den Seitenflügel eines angrenzenden Hinterhauses, um ein Übergreifen der Flammen zu verhindern. Der Sachschaden beträgt nach ersten Schätzungen zwischen vier und sechs Millionen Mark.

Die Polizei geht von einem politischen Motiv aus. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen. Ein Bekennerschreiben lag gestern noch nicht vor; Experten vermuten aber autonome Gruppen wie die „Revolutionären Zellen" hinter dem Anschlag. Die „Zellen" hatten in der Vergangenheit bereits mehrere Brandanschläge zur Unterstützung von Ausländern verübt.

Mit den Bussen sollten gestern 125 Flüchtlinge nach Rostock und Eisenhüttenstadt abgeschoben werden. Dort sollten sie in Lagern bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag bleiben. Der Geschäftsführer von „Bayernexpress", Walter Kartheuser, erklärte, er wisse nicht, welche Motive hinter dem Anschlag stecken könnten. Der Einsatz der Busse sei „völlig normal".

Gewöhnlich transportiert „Bayernexpress" jeden Donnerstag Asylbewerber von der Außenstelle der Ausländerbehörde am Waterloo-Ufer in Kreuzberg. Gestern fehlten allerdings nicht nur die Busse, sondern auch die Flüchtlinge kamen nicht. Statt dessen blockierten mehrere hundert Mitglieder von Unterstützergruppen die Behörde und forderten auf Flugblättern den Schluß der Asyldebatte und die freie Wahl des Aufenthaltsortes. Die Behörde war bis um 12 Uhr gesperrt, der Transport wurde abgesagt. „Ein voller Erfolg", beurteilte Renate Wilson von der „Zentralen Beratungsstelle für Flüchtlingsarbeit".

Zeitgleich besetzten mehrere Dutzend Angehörige der „Koordination autonomer Flüchtlingsgruppen" für mehrere Stunden das Büro der Ausländerbeauftragten Barbara John. Sie solle die Forderung nach Aufnahmegarantie für alle 40 Flüchtlinge aus Hoyerswerda unterstützen, hieß es, auch für diejenigen, die ursprünglich aus Westdeutschland kommen. Laut Innenverwaltung sollen 15 Asylbewerber wieder in ihre alten Unterkünfte im Westen zurück. Sie seien auch nicht sozialhilfeberechtigt. Barbara John verwies dagegen auf den Beschluß der Berliner Regierung.

Die Sprecherin der Innenverwaltung Martina Ernst sagte, es könne nicht angehen, daß sich Asylbewerber den Ort ihres Aufenthaltes während des Verfahrens selbst aussuchten. Es gebe eine Quotenregelung, die die Aufteilung auf die Länder regele und an die Berlin gebunden sei. Sie gab allerdings zu, daß die Quote in Berlin noch nicht ganz erfüllt sei und das Klima in der Stadt Ausländern gegenüber toleranter als anderswo sei. Eine Ausnahme werde es aber nicht geben.

Ebenfalls am Vormittag demonstrierten mehr als 1 000 Studentinnen und Studenten der FU ihre Solidarität mit den Ausländern.

Auch der stellvertrende Fraktionssvorsitzende von Bündnis 90 / Grüne im Abgeordnetenhaus, Wolfgang Wieland, stellte sich hinter die Flüchtlinge. Er kündigte einen „Aufstand gegen Massenabschiebungen" an. Es seien rund 2 000 Asylbewerber von Abschiebung bedroht. In Kirchenkreisen und Unterstützergruppen gebe es Pläne, Asylbewerber zu verstecken, wenn sich die Senatspolitik nicht ändere.

Unterdessen erklärte Innenstaatssekretär Armin Jäger, die Berliner Flüchtlingslager seien ausreichend geschützt. Die Polizei habe zusätzliche Streifen eingesetzt. Sozialsenatorin Ingrid Stahmer bekräftigte, daß es kein zentrales Großlager geben werde, sondern die Unterkünfte wie bisher über die Stadt verteilt blieben.

Über die Außenstelle der Ausländerbehörde am Waterloooufer werden Flüchtlinge gegen ihren erklärten Willen und ohne Aufklärung ihrer rechtlichen Möglichkeiten in die ehemalige DDR "verschubt". Ihr Ausgeliefertsein wird ausgenutzt, um sie Bedingungen auszusetzen, die ihnen ein Leben in der BRD unmöglich machen soll. Die Duldung rassistischer Überfälle ist dabei nur die schärfste Form des staatlichen Abschreckungskalküls. Denn auch die sog. "normalen" Lebensbedingungen reichen von menschenunwürdiger Unterbringung über mangelhafte Verpflegung bis zur Verweigerung medizinischer Versorgung. Durch die jetzt beschlossenen Maßnahmen wie Internierungslager, Schnellverfahren, erkennungsdienstliche Erfassung und die verstärkte Zusammenarbeit von Polizei und Sozialbehörden wird das System der Abschreckung, Kontrolle und Vertreibung weiter perfektioniert. Der repressive Charakter der BRD-Sozialpolitik kommt bei diesem Angriff auf den schwächsten Teil der Bevölkerung deutlich zum Ausdruck.

Dagegen setzen sich die Flüchtlinge zur Wehr, indem sie für die konkrete Verbesserung ihrer Versorgung kämpfen, indem sie sich organisiert gegen rassistische Übergriffe verteidigen oder wie in Schwalbach erfolgreich ihre Verlegung in die ehemalige DDR verhindern. In den letzten Wochen haben viele Gruppen von Flüchtlingen sich das Recht genommen, den ihnen zugewiesenen Aufenthaltsort zu verlassen, um selbst entscheiden zu können, wo sie leben wollen. Darin werden wir sie unterstützen.

Auf der anderen Seite gilt es, die an der unmenschlichen Behandlung von Flüchtlingen beteiligten Organe und deren Handlanger anzugreifen.

Deshalb haben wir am 21.10.91 an **5** Reisebüros des "Bayern Express" die Schaufenster entglast und die Verkaufsräume durch Buttersäure unbenutzbar gemacht. Bayern Express hat sich seit zwei Jahren und in den letzten Wochen im Besonderen an der unfreiwilligen "Verschubung" von Flüchtlingen in die ehemalige DDR beteiligt.

Bleiberecht und freie Wahl des Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge!

Für einen starken antirassistischen Kampf!

Autonome Gruppen

Liebe Grüße an die Antirassistische Gruppe (ARAG)



Solidarität mit den Flüchtlingen

Wochenlang haben wir tatenlos mit angesehen,wie aus unserem Gebäude am Waterloo-Ufer 5-7("Landeseinwohneramt-Abt.Asylangelegenheiten") die Flüchtlinge in andere Bundesländer zwangsweise verschoben werden.

Wir sind jetzt endlich aktiv geworden.Wir haben uns in der Nacht zum 17.10.91 mit Stecknadeln und Sekundenkleber verstopft.-Wir fordern alee Gebäudeteile am Waterloo-Ufer auf,insbesondere aber die weißen Wände und die grOßen Scheiben,über eigene spezielle Soli-Aktionen den Kampf gegen die Abschiebung der Flüchtlinge zu unterstützen...

Die 3 Schlösser der Eingangstüren

Bremen:

Schon seit Wochen häufen sich die Berichte über Angriffe und Mordversuche auf AusländerInnen und AsylbewerberInnen.
Alle müssen in ständiger Angst vor neuen Überfällen leben;viele von ihnen werden zum Teil schwer verletzt, die seelischen Schäden sind noch gar nicht absehbar.
Diese Entwicklung wurde und wird durch eine rassistische Allianz angeheizt,die von DVU und Republikanern über die CDU bis hin zu den "linken" Parteien reicht.

Um diesen Terror zu stoppen,gibt es neben Telefonketten, Mahnwachen etc.die Möglichkeit,die WegbereiterInnen dieser Angriffe selber spüren zu lassen,was sie mit dieser Hetze Tausenden antun.
Deshalb haben wir zunächst bei dem Republikaner-Mitglied Peter Pricelius die Scheiben eingeworfen und gesprüht.
In seinem Garagenhof wurden die REP-Wahlkampfplakate geklebt und von dort aus in ganz Bremen verteilt.

Schliesslich haben wir in der Nacht von 10.zum 11. Oktober 1991 die Nummer sechs der DVU-Landesliste, Kurt Wolter,heimgesucht.
Auch hier wurden die Scheiben eingeworfen;ausserdem fiel seine Gartenlaube unseren wütenden Flammen zum Opfer.

Weiterhin empfehlen wir den Telefonterror aus der Telefonzelle :
ob mit Trillerpfeife,Morddrohungen,Weckdienst oder Pizza-Service - der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.
Daher befindet sich auf der Rückseite die Adressenliste von REP- und DVU-KandidatInnen.

MACHT SCHLUSS MIT DEM FASCHISTISCHEN TERROR !

antifaschistische zellen

Polen, Ungarn und CSFR koordinieren Asylpolitik

WARSCHAU, 12. Oktober (dpa). Polen, Ungarn und die CSFR wollen in der Frage der Aufnahme von Flüchtlingen untereinander eine ähnliche Lösung finden wie das Abkommen von Schengen der westeuropäischen Staaten. Die Innenminister der drei Staaten beschlossen am Freitag in Warschau, bei ihren Außenministerien darauf hinzuwirken, in die neuen Verträge über den visafreien Reiseverkehr eine Klausel über die Wiederaufnahme von im anderen Land unerwünschten Personen einzufügen. Wie der polnische Innenminister Majewski nach einer Konferenz der drei Innenminister mitteilte, hat man sich über die Grundsätze einer gemeinsamen Asylpolitik geeinigt. Dies sei angesichts „der uns erwartenden großen Flüchtlingswelle" besonders wichtig. Schon jetzt gebe es in Ungarn 35 000 Flüchtlinge. In Polen sind es nur 220. „Wir müssen ein kleines Schengen schaffen", sagte Majewski, denn sonst sei die Abschiebung von Bürgern aus Drittländern nicht möglich.

Fingerabdrücke von Berlin ans BKA

Gruppen von Asylbewerbern werden in Berlin wie in den anderen Bundesländern Fingerabdrücke abgenommen und diese zur Speicherung an das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden geschickt. Die Sprecherin der Innenverwaltung, Martina Ernst, sagte am Montag auf Anfrage, daß in der Stadt allen Asylbewerbern aus Ghana, Zaire und Gambia in dieser Form erkennungsdienstlich behandelt würden. Von anderen Asylbewerbern würden nur dann Fingerabdrücke angefertigt, wenn diese keinen Paß vorzeigen könnten oder gefälschte Papiere vorlägen.

Nach Angaben der Sprecherin soll das Verfahren dazu dienen, die Identität der Asylbewerber festzustellen und unter anderem einen Mißbrauch von Sozialhilfe oder Doppelanträge auf Asyl in verschiedenen Bundesländern vorzubeugen. Sie verwies darauf, daß die Identitätsfeststellung auf einen Beschluß der Innenministerkonferenz vom Mai 1990 zurückgehe. Die Zahl der in Berlin auf diese Weise registrierten Ausländer konnte die Sprecherin nicht nennen.

Der Berliner Datenschutzbeauftragte überprüft derzeit die Rechtmäßigkeit der Registrierung der Asylbewerber. Er kündigte für Dienstag eine Stellungnahme an.

„In Erwägung unserer Schwäche machtet
Ihr Gesetze, die uns knechten solln
Die Gesetze seien künftig nicht beachtet
In Erwägung, daß wir nicht mehr Knecht sein wolln.
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht,
Haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod"

B. Brecht

Wie im rot-grünen Hessen mit Flüchtlingen verfahren wird:

Objektiv deutsch

Erfahrungen einer Solidaritätsgruppe mit der Rechtsstaatlichkeit

Spenden erwünscht!
Kontakte können über den AStA der Uni Frankfurt, Tel. 069/798-3182, hergestellt werden. *Spenden* bitten wir auf das Konto „Schwalbach", Konto-Nr. 198161, BLZ 500 901 00, Ökobank Frankfurt zu überweisen.

FRANKURT/WIESBADEN/SCHWALBACH. Über den Unwillen der italienischen Zentralmacht, die Flüchtlinge aus Albanien auch nur einigermaßen zu versorgen, wie über ihren ausgeprägten Willen, diese Flüchtlinge mit Gewalt wieder außer Landes zu jagen, darüber zu klagen, ist hierzulande billig. Entsprechend eifrig wird dies auch geübt. Was aber hier, beispielsweise, in diesem prosperierenden wie fortschrittlichen und rot-grün regierten Hessen mit Flüchtlingen geschieht, die aus Lagern (vornehm „Gemeinschaftsunterkünfte" genannt) in den fünf neuen Bundesländern flüchten mußten, weil sie dort gewalttätigen Drohungen ausgesetzt waren, darüber wird eher am Rande berichtet. Eine Solidaritätsgruppe — ein Bündnis von Autonomen, Linken von und an der Frankfurter Universität und dem Frankfurter Flüchtlingsbeirat — hat unter anderem mit diesen sogenannten Doppelflüchtlingen praktische Solidarität geübt und dabei erfahren, was von Beschlüssen der Grünen zu halten ist, wenn Mitglieder dieser Partei Regierungsverantwortung übernehmen. Sie erfuhren auch, wie die Kooperationsbereitschaft der Kirche dahinschmilzt, wenn ihre Vertreter ins Ministerium geladen werden und ihr Rückzug mit so schönen Worten wie Verantwortungsethik gedeckt wird. Hier ein Bericht dieser Solidaritätsgruppe, deren AutorInnen — aus einsichtigen Gründen — lieber anonym bleiben wollen.

Die Redaktion

„Man muß den Kapitalismus in die Verantwortung nehmen", hatte der heutige Vizeministerpräsident Hessens, Joschka Fischer, vor zwei Jahren erklärt. Wie wenig er das, was er da in die Verantwortung nehmen wollte, begriffen hat, zeigt sich in der Flüchtlingspolitik der hessischen Landesregierung, die maßgeblich durch das Ministerium „Jugend, Familie und Gesundheit" der Grünen-Ministerin Iris Blaul bestimmt wird. Die „Grünen in Regierungsverantwortung" sind nicht in der Lage, die 1989 in Münster gefaßten Beschlüsse ihrer Partei zur Asylpolitik umzusetzen, da ihr Rentabilitätsdenken in Bezug auf Ausgaben für Flüchtlinge bereits Ausdruck der Anerkennung der Bedingungen kapitalistischer Produktion einer nationalistischen und tendenziell rassistischen Gesellschaft ist. Als Bestandteil der verselbstständigten gesellschaftlichen Gewalt, des Staates, stellen sie ihre Verantwortung gegenüber dem Bundesgesetz weit über ihre Verantwortung gegenüber den Menschen, die in diesem Land Zuflucht suchen.

So kann man auch erklären, wie sich die 89er Forderung nach Abschaffung der Asylverfahren und Öffnung der Grenzen in Iris Blauls Erlaß zur Aufnahme von Doppelflüchtlingen („Ostrückkehrern") und Flüchtlingen, die den Transfer nach Ostdeutschland verweigern, verändert hat.

Möglichst Polizisten

Wie uns der Lagerleiter der hessischen Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge (HGU) in Schwalbach/Ts., Volker Möser, bestätigte, darf er nur noch Personen aufnehmen, die sowohl a) über Hessen verteilt wurden, als auch b) bereits in Ostdeutschland waren und c) dort angegriffen wurden oder als Zeugen von Angriffen Angst haben, und schließlich d) für ihr Angegriffenwordensein oder ihre Anwesenheit bei Angriffen „objektive deutsche Zeugen, möglichst Polizisten oder Priester" vorweisen können. „Objektiv" heißt in staatlich-grüner Interpretation hier, daß die Zeugen nicht in Flüchtlingssolidaritätsgruppen organisiert sein sollen. „Deutsch" heißt, daß die Bestätigung eines Angriffs durch andere Flüchtlinge als nicht glaubwürdig zurückgewiesen wird.

Die ganze Argumentation ist Reproduktion konservativer und reaktionärer Theoreme. Die Trennung in politische und Wirtschaftsflüchtlinge (Ausdruck der nationalökonomischen Vorstellung einer vom Staat getrennten Wirtschaft), mit der auf internationaler Ebene die Zahl der „anerkannten" Flüchtlinge reduziert wird, erscheint bei den Regierungsgrünen im innerdeutschen Verhältnis als Unterscheidung zwischen wirklich Geschlagenen und solchen Flüchtlingen, denen man unterstellt, sie suchten nur den höheren Lebensstandard in Westdeutschland.

Nicht einmal ankommende Verletzte werden sicher aufgenommen. Wie gesagt: Nur diejenigen, die über Hessen verteilt wurden, haben eine Chance. Aber auch sie werden zunehmend mit der Erklärung konfrontiert, sie seien bei Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen verletzt worden. Selbstverständlich kommt es unter den menschenfeindlichen Bedingungen, unter denen Asylsuchende leben müssen, auch zu Streitereien. Skandalös aber ist, daß Berichte über Angriffe sofort bestritten werden, wenn die entsprechende Lagerleitung von Streit zwischen Flüchtlingen zu erzählen weiß. Bei multinationalen Flüchtlingsgruppen ist man mit dieser Erklärung besonders schnell bei der Hand. Da gab es eben Ärger zwischen Indern und Kurden oder Rumänen und Jugoslawen. Als Lösung wird dann die Trennung der Gruppen versprochen.

Essen versprochen

Völlig unverständlich wird aber auch dieser Ansatz im Falle der Gruppe, die Anfang April aus dem thüringischen Gerstungen nach Schwalbach kam. 22 Personen aus dem Iran, der Türkei, Kurdistan, Afghanistan und Pakistan berichteten über Belästigungen und einen Überfall auf das Lager durch Angreifer von außen. Einige wurden verletzt. Dennoch beharren die Lagerleitungen in Gerstungen und Schwalbach vereint darauf, daß einzig flüchtlingsinterne Auseinandersetzungen relevant für die Flucht nach Schwalbach waren. Hintergrund dieser unisono vorgebrachten Erklärungsmuster von Lagerleitungen, Sicherheitsdiensten, Polizei und anderen Behörden ist möglicherweise die Tatsache, daß das Bekanntwerden von Überfällen deutscher Neonazis und Volksfetischisten als investitionshemmender Faktor gefürchtet wird. Denn wo keine Ruhe und Ordnung ist, da ist auch kein sicherer Gewinn.

Für die Gerstungen-Gruppe bedeutet diese Erklärung, daß die Lagerleitung der HGU die offizielle Legitimation dafür hat, „alles zu tun, was unterhalb der Ebene eines Polizeieinsatzes liegt", um sie aus dem Lager und nach Thüringen zu treiben. So lautet, nach Aussage Mösers, die den Handlungsspielraum beschreibende Anweisung aus Wiesbaden.

Die praktische Umsetzung dieser Anweisung bekommen seit mehreren Monaten die Transferverweigerer zu spüren. So wurde zwei Familien aus Somalia, die sich weigerten, in den Bus nach Halberstadt/Sachsen-Anhalt zu steigen, über vier Tage und Nächte Essen, Getränke und Betten verweigert. Nach der vierten Nacht kapitulierten sie und ließen sich transferieren. Eine kurdische Familie, die nach Chemnitz/Sachsen verschoben werden sollte, hielt dies mit drei Kindern nur eine Nacht aus. Teyfik, ein Kurde aus der Türkei, machte den Fehler, nach seiner Weigerung, den Transfer nach Halberstadt anzutreten, vor das Tor der HGU zu gehen. Damit wurde er obdachlos — selbst der Gang zur Toilette wurde ihm verweigert. Nur die Solidarität der Flüchtlinge im Lager ermöglicht ihm seit Anfang Juli das Durchhalten. Unterdessen kamen gerade aus Halberstadt etwa zehn Kurden nach schweren Angriffen durch Rechtsradikale vor dem Lager Schwalbach an. Sie konnten zu ihrem Glück ihre verletzten Freunde in thüringischen Krankenhäusern und den Nazis entrissene Gasrevolver vorweisen.

Weitere Druckmittel gegen Doppelflüchtlinge und Transferverweigerer sind sowohl die Drohung, daß die Asylverfahren der Betroffenen ohne sie an ihren Zuweisungsorten weiterlaufen, daß sie also entscheidende Termine verpassen, als auch der Entzug des monatlichen Taschengeldes in Höhe von 81 D-Mark, der sie wie Gefangene an das Lager fesselt, soweit sie nicht über eigene Geldreserven verfügen.

Im Falle der Taschengeldvergabe werden in bestimmten Fällen aus taktischen Gründen Ausnahmen gemacht. Die Auszahlung dieser Summe an einzelne Personen aus einer Gruppe eignet sich nämlich hervorragend, um durch Neid und Mißtrauen den Zusammenhalt zu zerreißen. Zusätzlich werden gezielt die Sprecher der Gruppen bürokratisch und polizeilich verfolgt. Vermittelt werden soll damit, daß wer sich organisiert, nur Nachteile hat. Erschwerend kommt hinzu, daß Flüchtlinge, die sich keinen Anwalt/keine Anwältin leisten können, ohne rechtlichen Beistand diesen organisationsbrechenden Repressalien ausgeliefert sind.

Humanitäre Repression

Das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (und damit die hessische Landesregierung) will den so umgesetzten Erlaß als humanitäre Ausführung des Asylgesetzes verstehen.

Der regierungsgrünen Argumentation, die eine bedingungslose Aufnahme der Flüchtlinge, die nicht (wieder) nach Ostdeutschland transferiert werden wollen, eine Kapitulation vor den Faschisten nennt (hier sind sich Regierung und Kirchen einig), muß entgegengehalten werden, daß die zynische Aussage von Iris Blaul, die ostdeutsche Bevölkerung müsse an den Flüchtlingen Toleranz lernen, selbst Kapitulation ist. Faschisten und Verteilungsstopp-Gegner unterscheiden sich an einem Punkt nicht: Sie machen Asylsuchende zu Objekten ihrer politischen Strategien. Auch das ständige Beschwören, daß die (Re-) Transferierung nach Ostdeutschland gekoppelt mit dem Appell, die Zusammenarbeit mit ostdeutschen Flüchtlingsinitiativen zu suchen, die einzig verantwortliche Position sei, stellt die Verhältnisse auf den Kopf. Wer Flüchtlinge einem derart massiven militanten Rassismus und Nationalismus aussetzt — wie in den neuen Bundesländern — und dabei den Flüchtlingsinitiativen und Solidaritätsgruppen mit erhobenem Zeigefinger nahelegt zu versuchen, dort etwas für die Sicherheit zu tun, der oder die handelt wahrhaft verantwortungslos.

*

Das Bündnis mit der evangelischen Kirche war für uns möglich, da sie ursprünglich vehement die moralische Position vertrat, man solle so mit Menschen nicht umgehen. Dieser ein Sein-Sollen formulierende Ansatz drängt aber dazu, bei Appellen an das Gute im Menschen stehen zu bleiben.

Die materialistische politische Position dagegen erkennt, daß von dieser Gesellschaft aus und in ihren Institutionen mit Flüchtlingen gerade so umgegangen wird, daß es notwendig ist, dies zu erklären und die Voraussetzungen dieses Verhaltens anzugreifen. Sie macht die Kritik der als Gesellschaft wirklich existierenden Menschen zu ihrer Grundlage.

Die Grenze unserer Zusammenarbeit mit der Kirche war erreicht, als die moralischen Institutionen Kirche und Staatsapparat auf der politischen Ebene aufeinandertrafen. Für die (evangelische) Kirche ist die staatsloyale und gesetzestreue Position im Konfliktfall die verantwortungsethische, während die unbelehrbar den Flüchtlingsinteressen zugewandte Position bestenfalls der Gesinnungsethik zugeordnet wird. Und unsere Gesinnung (politische Position) wird uns immer vorgeworfen, wenn von „anderen Motiven" für unsere Arbeit die Rede ist.

Bündnisbrechende Gespräche

In der Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat zerbrach also unser Bündnis mit der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Frankfurt, in deren Räumen in der Lessingstraße wir ein Notquartier für an der HGU abgewiesene Flüchtlinge eingerichtet hatten. Damals hatten wir noch die moralische Unterstützung des Studentenpfarrers Konrad Knolle. Nach einem Privatgespräch Knolles mit Verantwortlichen des Ministeriums Blaul aber veränderte sich sein Verhalten.

Dies gipfelte darin, daß uns nach zehn Wochen per Hausverbot der Zutritt zum Haus in der Lessingstraße verwehrt wurde. Die Begründung Knolles lautete: „Ich will keine weitere Konfrontation mit der hessischen Landesregierung. Ich suche jetzt nach einer karitativen Lösung." Damit unser störender Einfluß ausgeschaltet werden konnte, mußten die einzelnen Flüchtlinge Knolle das Versprechen abgeben, nicht mehr mit uns zu reden. Bei Zuwiderhandlung drohte den einzelnen der Entzug des Notquartiers. Viele Freunde von uns zerbrachen fast daran, sich zwischen uns und der sicheren Unterbringung und Verpflegung entscheiden zu müssen. Einige entzogen sich dieser Demütigung, indem sie ins Ausland flohen. Es ist unschwer zu erkennen, daß die menschenverachtenden Methoden von Regierung und Kirche fast identisch sind.

Auf Bundesebene wurde in Gotha/Thüringen bei einer konzertierten Aktion von Grünen-nahen und kirchlichen Initiativen (andere wurden gar nicht eingeladen) die Forderung nach einem vorläufigen Verteilungsstopp unterlaufen. Offenbar hängen für diese Unternehmen an der Ostverteilung von Flüchtlingen entsprechende finanzielle Zusagen der jeweiligen Länderregierungen für Einrichtung von Stellen, Aufbau von Infrastruktur etc. (vergl. dazu die „Frankfurter Rundschau" vom 15. August 1991).

Nach dem Gothaer Treffen hörte man bei den entsprechenden Organisationen im Westen ständig das Argument, die Forderung nach einem vorläufigen Verteilungsstopp könnte man nicht unterstützen, da man damit den Kollegen im Osten in den Rücken falle. Auch hier wird also die nationale Solidarität der internationalen vorgezogen. Es ist doch beruhigend zu wissen, daß man verantwortungsethisch handelt.

*

Die besondere Qualität der Solidaritätsgruppe, die als Bündnis zwischen Autonomen, Unilinken und dem Frankfurter Flüchtlingsbeirat entstanden ist, besteht darin, daß sie durch ihren Widerstand sowohl den Flüchtlingen neue Handlungsmöglichkeiten eröffnet hat, als auch sich eine Staatskompetenz angeeignet hat, indem sie es dem Staatsapparat unmöglich machte, über die von ihr untergebrachten und versorgten Flüchtlinge willkürlich, das heißt gegen deren Willen zu verfügen. Ihre Arbeit ist Ausdruck eines Verständnisses von Gesellschaft, das mit dem herrschenden nicht vereinbar ist. Die Kriminalisierung dieser Arbeit ist daher vorhersehbar.

Seit März wurden von der Solidaritätsgruppe größere Gruppen von Flüchtlingen in der ESG und anderswo untergebracht und auf eigene Kosten verpflegt. Auch wenn ab und zu Flüchtlingsgruppen und Einzelpersonen in Hessen legalisiert wurden (Ausweis, Taschengeld, Asylverfahren usw.) oder zumindest als „illegale" geduldet wurden, ergibt sich für die, die durch das immer restriktiver werdende Aufnahmeraster des Blaul-Ministeriums fallen, nach wie vor das Problem von Unterbringung und Essen. Das gleiche gilt für Personen, die von Wortbrüchen der Landesregierung betroffen sind.

Die Flüchtlinge zum Beispiel, die in der ESG untergebracht waren, erhielten die Zusage der Landesregierung, in Hessen bleiben zu dürfen. Sie verließen daraufhin die ESG und wurden in einer Außenstelle der HGV bei Friedberg untergebracht. Nach einer Sonderprüfung ihrer „Fälle" erhielten einige dennoch einen Osttransferbefehl. Als Personal aus Schwalbach in die Unterkunft kam und ihnen Fahrkarten nach Halberstadt und Tambach mit der Aufforderung übergaben, ihre Zimmer unverzüglich zu räumen, ansonsten würde die Polizei gerufen, flüchtete der Großteil dieser Personen in die umliegenden Wälder und versteckte sich dort, bis wir sie am nächsten Tag abholen konnten.

Es besteht also nach wie vor ein Bedarf an Übernachtungsmöglichkeiten, Zimmern, Wohnungen und vor allem Geld, um die Versorgung dieser Menschen gewährleisten zu können.

Wegen dieser Form des Widerstands wird uns immer wieder der Vorwurf gemacht, wir würden Flüchtlinge leichtfertig zur Illegalität überreden, nachdem wir bei ihnen „Angst geschürt" und sie „gegen die Lager im Osten aufgehetzt" hätten (vergl. die „Frankfurter Neue Presse" vom 16. Juli 1991 und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 16. und 23. Juli 1991). Dieser Vorwurf liefert der Polizei jetzt den offiziellen Grund für ihre seit Juni verstärkt laufenden Versuche, unsere Arbeit zu überwachen.

Lebensgefahr für Ausländer

Tatsache aber ist, daß die Menschen im Lager Schwalbach und in den Außenstellen aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen und der Vermittlung der Erfahrungen anderer Flüchtlinge Entscheidungen treffen, ob und wie sie sich und ihre Familien davor schützen, einer Gefahr für Leben und Gesundheit ausgesetzt zu werden. Erinnert sei hier an die AusländerInnenbeauftragte der Stadt Dresden, Marita Schieferdecker, die in einer Folge der BR-Sendung „Live aus dem Schlachthof" erklärte: „Es ist lebensgefährlich für einen Ausländer, hier zu leben."

Es ist blanker, bürokratischer Zynismus, daß das Ministerium Blaul erklärte, das hessische Ministerium des Inneren habe ihm mitgeteilt, die Situation in Ostdeutschland sei für Asylsuchende „erträglich". Diese arbeitsteilige Verlagerung von Verantwortung, die Verharmlosung der Situation in Ostdeutschland und der Versuch, Flüchtlinge mit fast allen Mitteln dorthin zu verschieben, treibt sie in die Illegalität!

Wir dagegen unterstützen sie in ihrem kämpferischen Wunsch, selbst entscheiden zu können, wo sie hier leben wollen. Wenn dem aber Gesetze im Wege stehen, die bestimmten nationalistischen Interessen Rechnung tragen, dann müssen diese Gesetze durchbrochen werden! Als sozialer Widerstand versuchen wir, dem Staatsapparat die Verfügungsgewalt über bestimmte soziale Gruppen zu entziehen.

Wir fordern daher auch keine Reform der eurozentristischen, nationalistischen und rassistischen Sondergesetze, des Asyl- und Ausländerrechts, sondern ihre Abschaffung! Da die Selbstorganisation der Flüchtlinge und MigrantInnen aber, wie oben dargestellt, unter den gegebenen Bedingungen extrem repressionsanfällig ist, brauchen wir, Flüchtlinge und Solidaritätsgruppe, engagierte Unterstützung, um uns weiter politisch interventionsfähig zu halten.

„In Erwägung, daß wir der Regierung,
Was sie immer auch verspricht, nicht traun,
Haben wir beschlossen, unter eigner Führung
Uns nunmehr ein gutes Leben aufzubaun ..."

B. Brecht



Wenn es unseren Politikern gelingt, die Krisenherde dort zu halten, wo sie sind, geht es uns gar nicht so schlecht

Zeichnung: Halbritter/Archiv

AKTUELLE SITUATION DER FLÜCHTLINGE IN DER ANSCHARKIRCHE 14.10.1991,NEUMÜNSTER

Am 09.10., wurde den Flüchtlingen in der Anscharkirche Neumünster von Probst Jürgensen ein Lösungsvorschlag unterbreitet, der von Verantwortlichen im Hintergrund erarbeitet wurde.
Im Groben umfaßt dieser Vorschlag zwei Punkte:
1.) Die Forderungen der Flüchtlinge, nicht in die ehemalige DDR verschoben zu werden, werden nicht erfüllt und alle sollen nach Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern gehen.
2.) Sie werden in einem bislang leerstehenden Ex-NVA-Hospital untergebracht und bleiben als Gruppe dort zusammen. Damit sie sich dort schneller eingewöhnen, werden aus Neumünster UnterstützerInnen mitfahren und sie die ersten Tage dort betreuen.
Die Flüchtlinge sollten sich bis Freitag, den 11.10., definitiv entscheiden. Fällt ihre Entscheidung negativ aus, könnte die Kirche nichts mehr für sie tun.

Anfangs wurde noch davon ausgegangen, daß dieser "Vorschlag" aus den kirchlichen Kreisen kommen würde, die sich wirklich um eine Lösung im Sinne der Forderungen der Flüchtlinge bemühen. Am 9.10. wurde klar, woher der Wind noch weht: Der "Vorschlag" wurde gemeinsam von Landesregierung, Stadt Neumünster und der Kirche ausgearbeitet.
Daß von diesen Stellen darauf bestanden wurde, auf gar keinen Fall die Öffentlichkeit/ Presse zu informieren, kann nur bedeuten, daß sie ein Informationsmonopol für sich beanspruchen und verhindern wollen, daß die Flüchtlinge oder auch deren UnterstützerInnen die Situation aus ihrer Sicht schildern.
Was hinter diesem "Vorschlag" steht, ist nichts anderes als das Ziel, staatliche Gewalt mit allen Mitteln durchzusetzen. Wo die Regierenden es sich politisch nicht leisten können, die offenste Form ihrer Gewalt - d.h. polizeistaatliche Räumung der Kirche und gewaltsamer Transport in die ehemalige DDR - anzuwenden, da werden subtilere Methoden benutzt. Durch die Ankündigung sogenannter Vorschläge soll den Flüchtlingen immer wieder Hoffnung gemacht werden, daß die Regierung den Forderungen der Flüchtlinge entgegenkommen will. Wird der Vorschlag dann ausgesprochen, zeigt sich, daß es doch wieder kein Vorschlag ist sondern einfach nur der ganz normale Transfer in die ehemalige DDR, verpackt in ein paar Blumen und schöne Worte. Diese "Vorschläge" - es nicht der erste dieser Art - sind EIN Teil der Zermürbungsstrategie, für die sich die Regierung entschieden hat. Der andere Teil ist die konsequente Weigerung der SPD-Landesregierung, mit den Flüchtlingen zu sprechen und vor allem zu verhandeln, obwohl dies seit nunmehr vier Wochen von den Flüchtlingen gefordert wird. Die SPD wählt die Zermürbungsstrategie, weil sogenannte "polizeiliche Zwangsmaßnahmen" in der aktuellen Situation in der BRD - vor allem seit den rassistischen Übergriffen in Hoyerswerda - politisch nicht mehr zu "verkaufen" sind, aber auch, weil die Politik der SPD schon immer darin bestand, staatliche Interessen mit subtiler Gewalt durchzusetzen. Das tritt hier jedoch ganz offensichtlich zutage. Es wird darauf spekuliert, die Psyche der Flüchtlinge soweit zu brechen, daß sie ihren Widerstand und ihren Kampf dafür, sicher leben zu können, aufgeben und sich willenlos dem Diktat der verantwortlichen politischen Stellen fügen.

Die Flüchtlinge hatten sich am Freitag (11.10) zu diesem "Vorschlag" folgendermaßen geäußert: Sie können sich jetzt nicht entscheiden, sind aber bereit, mit einer Delegation nach Greifswald zu fahren und sich die Situation vor Ort anzusehen. Dies wollten sie am Montag machen, um die Stadt an einem gewöhnlichen Wochentag zu erleben. Die Kirche sagte, es sei möglich dies zu tun, allerdings nicht Montag sondern bereits am nächsten Tag, da spätestens Sonntag die Entscheidung gefallen sein muß. Nachdem anfangs diese Forderung von den Flüchtlingen abgelehnt wurde und gesagt wurde, daß sie sich verarscht fühlen, ließen sie sich dann doch darauf ein. So fuhr dann am Samstag eine Delegation nach Greifswald. Gestern abend (So.) war dann die Entscheidung gefallen: Die Flüchtlinge sind bereit, nach Greifswald zu gehen. sie werden noch zwei Wochen in der Anscharkirche bleiben - in dieser Zeit soll ihre zukünftige Unterkunft renoviert werden.
Es ist noch schwer, die genaueren Umstände dieser Entscheidung zu benennen. Klar ist, daß der größte Teil der Flüchtlinge diese Entscheidung als eigene Niederlage und als Sieg für die Regierung begreift. Die Entscheidung hat sicher etwas mit dem oben genannten Psycho-Terror zu tun, der von Seiten der Kirche als Handlanger der Landesregierung auf die Flüchtlinge ausgeübt wurde, genau wie die zuletzt massiven und offenen Drohungen der

Kirche (siehe beigelegtes Flugblatt der Kirche). Sie hat auch sicher etwas damit zu tun, daß von unterstützenden Gruppen darauf gedrängt wurde, sich für Greifswald zu entscheiden, weil dann u.a. der illegale Status beendet sei und es sowieso keine Chance gebe, sich gegen die Landesregierung durchzusetzen. Diese oder eine ähnliche Position wurde nur von autonomen und von kurdischen UnterstützerInnen nicht getragen. Hier lagen auch die einzigen, jedoch wenigen und kraftlosen Ansätze, der Position der Herrschenden wirklich etwas entgegenzusetzen. Die praktische Unterstützung in der Kirche funktionierte mehr oder weniger gut. Die Unterstützung auf politischer Ebene, d.h. die eigentliche Forderung der Flüchtlinge gegenüber den Herrschenden durchzusetzen bzw. dafür zu kämpfen, das war dann nur noch in den Köpfen von ganz wenigen Menschen. Das haben die Flüchtlinge mitbekommen und das raubt auch sicherlich den Mut, weiterzukämpfen.

NACHTRAG: Die Kirche behauptete nach ihrem Besuch in Greifswald, dort sei ein sicherer Ort für Flüchtlinge, von Angriffen aus AusländerInnen sei nichts bekannt. Ein Greifswalder, der mit nach Neumünster gekommen war, behauptete das gleiche, betonte noch, daß dort über 5000 AusländerInnen schon seit Jahren wohnen und arbeiten (damit meint er die Beschäftigten im Greifswalder AKW, einem extremen Schrottreaktor). Die Kirche meinte sogar (obwohl sie eine Woche in Greifswald war), ihr sei nicht bekannt, ob es dort Asylheime gibt.
Was so alles an Fascho-Angriffen in der Gegend galaufen ist, haben wir versucht, rauszufinden. Hier also noch eine unvollständige Liste:
- 1./2.6. In Neu-Brandenburg wird ein Wohnheim angegriffen, Türen und Fenster eingeschlagen.
- 13./14.7. In Neu-Brandenburg wird eine Gemeinschaftsunterkunft angegriffen. Es gibt Sachschäden und eine Verletzte.
- 10./11.8. In Ückermünde wird eine Gemeinschaftsunterkunft angegriffen. Es gibt mehrere Verletzte
- Mitte August: In Ückermünde brennt eine Gemeinschaftsunterkunft nach einem Brandanschlag ab.
- 28.9. In Greifswald wird ein Heim überfallen
- 27.9. In der Nähe von Stralsund greifen Faschos ein Asylheim an, attackieren die BewohnerInnen mit Steinen
- 2.10. In Greifswald rotten sich Faschisten zusammen. Ein türkischer Textilladen fängt Feuer. Eine Faschisten-Demo zu einem AusländerInnenwohnheim wird von der Polizei aufgelöst.
- 2.10. In der Nähe von Greifswald wird ein AusländerInnenwohnheim von ca. 30 faschisten angegriffen.
- 11./12./13.10. AUf ein Wohnheim von vietnamesischen ArbeiterInnen werden Molotow-Cocktails geworfen.

Am gleichen Wochenende schlagen 30 Faschisten in Greifswald einen Marrokaner zusammen und brechen ihm sämtliche Finger.

Ingrid Strobl

Ngugi wa Thiong'o: Matigari. Peter Hammer Verlag 1991, 190 Seiten, 28 Mark

1969 benannte der kenianische Schriftsteller Ngugi wa Thiong'o in einer Rede vor der UNESCO das Problem des »kolonisierten Intellektuellen« (Frantz Fanon): Er übernimmt mit der Sprache der Kolonisatoren auch ihre Denkweise und ihre Verachtung für das Volk. 20 Jahre später zog er die Konsequenz: Ngugi wa Thiong'o, einer der größten zeitgenössischen Schriftsteller (*Verbrannte Blüten*), schreibt seit 1983 nur noch Gikuyu und Swahili.

Mit dem Wechsel vom Englischen in die Landessprache veränderte sich auch sein Stil. *Matigari*, sein neuester Roman, erzählt die Geschichte des Befreiungskämpfers, der aus den Wäldern zurückkehrt, um die neue Gesellschaft mitaufzubauen und nichts als Repression und Ausbeutung vorfindet, in einem scheinbar urtümlichen, »mündlichen« Stil, der gerade seine Einfachheit einem differenzierten künstlerischen Konzept verdankt. Der Reichtum an Bildern und refrainartigen Wiederholungen zitiert die traditionelle afrikanische Dichtung nicht nur, sondern dient auch einem ähnlichen Zweck. Der Text muß (nach)erzählbar sein, im modernen Sinne: er muß sich zum Vorlesen eignen — eine Absicht des Autors, die von seinem Publikum begriffen und genutzt wurde.

Romane von der literarischen Intensität und revolutionären Intention, die Ngugi wa Thoing'os *Verbrannte Blüten* und *Matigari* auszeichnen, können im heutigen Europa wohl nicht geschrieben werden. Während in der »Wiege der Zivilisation« nur noch selten wirklich nennenswerte Literatur produziert wird, beschreiten afrikanische Autorinnen und Autoren neue Wege und verweisen das larmoyante Gejammer der herrschenden Kultur auf ihren Platz. Es liest sie hier nur niemand.

Primo Levi: Die Untergegangenen und die Geretteten. Carl Hanser Verlag 1990, 212 Seiten, 34 Mark

Es gibt viele Spekulationen darüber, warum Primo Levi sich das Leben nahm, beziehungsweise darüber, warum er das »erst« 1987 tat. Er ist nicht der einzige Überlebende von Auschwitz, der lange nach seiner Befreiung Selbstmord beging, und darüber wundern kann sich nur, wer sich noch nie mit den Lagern und dem so paradoxen wie entsetzlichen Scham- und Schuldsyndrom der Überlebenden beschäftigt hat. Dennoch ist dieses Phänomen nicht einfach zu verstehen und die Erklärungen dafür sind so vielfältig und kompliziert wie die »Grauzonen«, die sie beleuchten müssen.

Die Untergegangenen und die Geretteten, eine Sammlung von späten Essays, ist eine Sammlung von Primo Levis (in einem sehr wörtlichen Sinne) abschließenden Antworten auf die Fragen »Warum haben wir uns nicht gewehrt«, »Warum fühlen wir uns schuldig«, »Warum werden Menschen zu Tieren« und »Was ist 'sinnvolle' (in der Logik der Mörder) und was sinnlose Gewalt«. Primo Levis Antworten weisen die Anmaßung und Leichtfertigkeit dieser Fragen zurück und erforschen den Mikrokosmos der Konzentrationslager mit der Genauigkeit dessen, der vom Menschen zum Tier gemacht worden war, seine Menschenwürde wiedererlangt und, die Gnade der Verdrängung zurückweisend, den Transformationsprozeß in seiner ganzen Grausamkeit und Komplexität verstanden hat.

Es gibt Bücher, die man nicht rezensieren kann. Eine Kritik dieses Buches ist Außenstehenden ebenso unmöglich wie eine Würdigung. Beides, kritisieren und würdigen, können diese Analysen der Hölle nur die, die selbst in der Hölle waren. Uns anderen bleiben die — wiederholte — Lektüre und der permanente Versuch, zu begreifen und daraus zu lernen.

13.10.91

An die Asylbewerber und die Unterstützer in der Anscharkirche

Heute, am 13.10.91 müßt Ihr eine Entscheidung treffen, ob Ihr den Vorschlag, den die Kirchenleitung ausgehandelt hat, annehmt.

Dies ist kein Ultimatum, um Euch unter Druck zu setzen, sondern das sind Bedingungen, an die auch die Kirche gebunden ist.

Ihr habt Euch in die Obhut der Kirche begeben und wir haben diesen Auftrag angenommen. Die Kirchenleitung hat deshalb einen Vorschlag ausgehandelt, bei dem Ihr - wenn Ihr ihn annehmt - in der Obhut der Kirche bleiben könnt: betreut vom Diakonischen Werk und kirchlichen Mitarbeitern in Greifswald. Unterstützung aus Kirchengemeinden gibt es auch dort.

Einige von Euch haben mit uns und Unterstützern Gelegenheit gehabt, ein paar Stunden in Greifswald mit Kirchenleuten und mit anderen Asylbewerbern zu sprechen, durch die Stadt zu gehen und sich die Gelände anzuschauen. Dieses Angebot haben wir gemacht, damit Ihr sehen könnt, daß wir Euch nichts verbergen wollen.

Einzelne Fragen (Ärzte, Anwälte, Verpflegung, Schulen, ...) können erst geklärt werden, wenn Ihr Euch entscheidet, den Vorschlag anzunehmen. Wir sind sicher, daß sich die Kirche auch in diesen Fragen so für Euch einsetzt, wie dies hier geschehen ist.

Wir als Kirchengemeinde bitten Euch, nehmt diesen Vorschlag an. Es ist aus unserer Sicht nicht nur ein sehr guter Vorschlag, er ist auch die einzige Möglichkeit, die die Kirche anbieten **kann**, andere sehen wir nicht.

Wenn Ihr diesen Vorschlag nicht annehmen könnt, dann müssen wir die Verantwortung dafür, daß noch eine Lösung gefunden wird, aus unseren Händen an Euch und Eure Unterstützer zurückgeben. Die Kirche kann und wird dann keine weiteren Gespräche mit Verantwortlichen führen, um neue Lösungsvorschläge anzubieten. Das müßt Ihr dann selber tun bzw. die, die Eure Interessen vertreten.

Wir werden Euch auffordern, die Kirche zu verlassen, weil wir nichts mehr für Euch tun können; wir sind dann nicht mehr Eure Ansprechpartner.

Wenn Ihr die Kirche dennoch nicht verlaßt, werden wir nicht automatisch einen Räumungsantrag stellen. Nach wie vor gilt, daß wir keine Gewalt wollen. Aber wir werden unsere aktive Unterstützung und Hilfe als Kirchengemeinde einstellen. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Geld u.ä. und die Betreuung müßt Ihr dann selber bzw. Eure Unterstützergruppen sicherstellen. Von uns wird weiter jederzeit ein/e MitarbeiterIn in der Kirche sein, um notfalls schnell Hilfe holen zu können.

Wir hoffen sehr, daß Euch von außen keine Gefahr droht, denn wirklich schützen können wir Euch nicht. Wenn jedoch Gesundheit oder Leben von einzelnen oder allen (auch Helfern) ernsthaft in Gefahr geraten - egal ob von drinnen oder draußen - dann werden wir auf jeden Fall Räumungsantrag stellen (müssen); solange Ihr in der Kirche seid, tragen wir eine Mitverantwortung für das Leben der Menschen.

Bitte versteht dies nicht als Drohung. Wir möchten nur, daß Ihr wißt, was Euch erwartet, wenn Ihr hierbleibt.

Wir bitten Euch deshalb nochmals: **Entscheidet Euch für den Vorschlag**; macht Euch dieses Angebot nicht selber kaputt.

Rainer von dem Bussche - H.
Vorsitzender des Kirchenvorstandes
Anschar-Kirchengemeinde



Arbeitskreis "Asyl in der Kirche"

Empfehlungen zur sozialen Betreuung von Flüchtlingen, die wegen drohender Abschiebung von Gemeinden aufgenommen werden.

Vorbemerkung

Kirchenasyl hat es in Berlin bisher vor allem zum Schutz von Flüchtlingen gegeben, die in ein Land, in dem Leib und Leben bedroht waren, abgeschoben werden sollten. Ziel des Kirchenasyls war die Verhinderung der Abschiebung und das Erwirken eines legalen Aufenthaltsstatus. In Einzelfällen sind Flüchtlinge auch von Kirchengemeinden aufgenommen worden, um eine Behördenentscheidung zur Verteilung in ein anderes Bundesland aufgrund einer unzumutbaren persönlichen Härte zu revidieren. -

Die Aufnahme der Flüchtlinge aus Hoyerswerda bedeutet etwas anderes nämlich: die Aufnahmen einer ganzen Gruppe von Flüchtlingen aus einem anderen Bundesland, denen der Aufenthalt dort nicht weiter zugemutet werden kann. So richtig diese Entscheidung in dem vorliegenden Fall (Kirchengemeinde Dahlem) auch war, sie stellt keine Lösung des allgemeinen Problems zunehmender Feindseligkeiten und Gewaltätigkeiten gegen Ausländer dar.

Der Arbeitskreis "Asyl in der Kirche" hat sich daher entschieden, von der Aufnahme weiterer Flüchtlingsgruppen, die wegen der Schwierigkeiten in den neuen Bundesländern nach Berlin kommen oder gebracht werden, grundsätzlich abzuraten, weil diese Art des Kirchenasyls das vorhandene Problem falsch angeht und Kirchenasyle mit derartigem Charakter und Umfang nicht ohne Schaden für alle Beteiligten bewältigt werden können. Es ist sehr zweifelhaft, ob über das Mittel Kirchenasyl politischer Druck zur Veränderung des Verteilungsschlüssels für die neuen Bundesländer auf erfolgversprechende Weise erzeugt werden kann.

In Einzelfällen kann eine Aufnahme trotz aller grundsätzlichen Bedenken geboten sein. Dann muß jedoch die Perspektive der Aufnahme realistisch geprüft werden.

Kirchengemeinden, die in diesem Sinn zur Gewährung von Kirchenasyl aufgefordert werden, empfehlen wir:

- keine Aufnahme von größeren Gruppen von Flüchtlingen,
- keine Abgabe der Verantwortung über Räume, Anzahl der Aufzunehmenden und Betreuung der Flüchtlinge an gemeindefremde Gruppen,
- Kontaktaufnahme mit der Asyl-Beratung Heilig Kreuz und dem AK "Asyl in der Kirche"
- Kontaktaufnahme mit der örtlichen Kirchengemeinde, aus deren Bereich die Flüchtlinge kommen.

Fortsetzung mit genaueren Informationen im Umgang mit Flüchtlingen befindet sich im Ordner

Von Asterix lernen heißt ... na was wohl?

In der letzten Interim (Nr. 165) waren, wie schon öfters in der Vergangenheit, einige Comic-Planels aus Asterix-Comics abgedruckt. Offenbar um, wie ebenfalls schon öfters, auf Streitigkeiten innerhalb der autonomen Scene anzuspielen.
Aktueller Hintergrund sind die Auseinandersetzungen auf und nach der Demo in Hoyerswerda.

Satire, auch mittels Kar ikatur oder Comics, sollte den wahren Kern eines Ereignisses überzeichenen oder besonders hervorheben, um damit charakteristische Züge von Personen, Ereignissen etc. darzustellen, die sonst oft untergehen.
In jedem Fall sollte ein wahrer Kern da sein.
Beim Vergleich Autonome-GallierInnen ist das nicht der Fall.

Die GallierInnen in den Asterix-Comics werden dargestellt als rauher aber herzlicher Menschenschlag. Ruppig und schnell gewalttätig auch bei Auseinandersetzungen untereinander, aber wenns drauf ankommt eine verschworene Gemeinschaft, die sofort alle Streitigkeiten begräbt, wenns darum geht, die römische Staatsmacht zu verhauen.

Leider ist das bei den Autonomen genau andersrum.
Die Form der Auseinandersetzung ist i.A. nicht direkt und offen, sondern eher verhalten und hinterhältig (Scenetratsch).
Wer anderen die Meinung auf den Kopf zusagt, läuft Gefahr geschnitten zu werden, da im alltäglichen Sceneleben Konflikte und persönliches Hinterfragen nicht sehr gefragt ist. Auch bei politischen Aktionen und Mobilisierungen wird eher unter den Tisch gekehrt und laue Kompromisse gesucht.

In der direkten Konfrontation mit der Staatsmacht kommt es innerhalb der autonomen Scene nun schon seit längerem zu einem merkwürdigem Schauspiel.
Die Gemeinschaft zerfällt. Konfrontativen Haltungen und Aktionen wird mit Entsolidarisierung begegnet. Wurde früher "nur" "Aufhören, aufhören!" gerufen oder sich anteilnahmslos vom Ort des Geschehens entfernt, so sind wir mittlerweile bei der aktiven Ver/Behinderung auch nur von Vorbereitungen zu eventuellen gewaltsamen Auseinandersetzungen angelangt.
Obelix würde das nicht verstehen.
Von einer gemeinsamen Wut und Entschlossenheit sogar angesichts rassistischer Pogrome ist nichts zu spüren.
Die eigene Hilflosigkeit, Angst oder auch Nichtbetroffenheit scheint bei vielen schwerer zu wiegen.
Das wird verdrängt und als hysterische Aggressionen gegen diejenigen rausgelassen, die der Konfrontation nicht ausweichen, bzw. diese u.U. sogar suchen.
Politisch verbrämt wird diese Haltung als taktisch klug bzw. als um Verbreiterung bemüht. Straßenmilitanz wird im günstigsten Fall als emotional aber unpolitisch, meistens aber grundsätzlich als mackermäßig und gewaltgeil dargestellt.
Auch das bekannte kleine gallische Dorf ist jenen "durchgeknallten Militanten" zuzurechnen, da sie einfach Römer verhauen, ohne sich um die Vermittlung ihrer Inhalte in der römischen Öffentlichkeit zu scheren.
Der Vergleich Autonome-GallierInnen ist also v.a. was die Entschlossenheit im gemeinsamen praktischen Kampf gegen Bullen, Nazis, u.a. betrifft, völlig unpassend. Da würde es noch eher passen, sich mit dem zerfallenden, von Intrigen durchsetzten, römischen Reich zu vergleichen.
Der satirische Gebrauch von Asterix-Comics verdreht die autonome Wirklichkeit eher, als daß der Finger auf tatsächliche Schwächen gelegt würde. Die Autonomen als streitsüchtige aber kurzentschlossene und handfeste Gemeinschaft, wenns um Auseinandersetzungen mit Bullen, Nazis u.a. geht. Daß wir nicht lachen.



Angesichts der tatsächlichen Stimmungslage in weiten Teilen der Scene ist es angebrachter, diesen Mythos, auch im Scherz, endlich mal zu begraben.

Das blöde, ach so politische, Gelabere von der Vermittlung und Verbreiterung hat sich nun schon zum wiederholten Mal als Rechtfertigung erwiesen, um militantes Vorgehen bei Aktionen auf der Straße möglichst auszuschließen, ohne dies so sagen zu müssen. Durch den suggerierten Widerspruck zwischen Militanz und Breite wurde, ob nun beabsichtigt oder nicht, über die Jahre ein verhaltenes und ängstliches Klima bei gemeinsamen gesamtautonomen Aktionen geschaffen. Die Saat ist aufgegangen, wie zuletzt die Demo in Hoyerswerda zeigte.
Die Zukunft dieser Tendenz liegt in einer zahnlosen Protestbewegung, deren politisches Denken und Handeln dort aufhört, wo es um praktischen Widerstand, um die damit verbundenen persönlichen Risiken und Konsequenzen geht.

Das Vertrauen auf die eigenen Kräfte und der Aufbau von handlungsfähigen Strukturen ist wichtiger, als sich in erster Linie an der Darstellung unserer Aktionen in den Medien zu orientieren.
Asterix und Obelix haben das besser kapiert, als einige wort- und schreibgewaltige Autonome.

Wenn ihr weiter so macht, wird euch der Himmel auf den Kopf fallen!

Helga und Hägar, die Schrecklichen







Antwort auf die Betonfraktion in der letzten Interim

Ihre Stellungnahme auf die berechtigte Wut einer ausländischen Genossin über das Scheißverhalten der Betonfraktion auf der Demo in Hoyerswerda spricht für sich. Dann noch ein "FUCK YOU" darunter zu setzen zeigt die Gesinnung der "Genossen". Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine Aufforderung zur Vergewaltigung, das letzte Machtmittel, was Typen gegen FrauenLesben in der Hand haben. MIt Sexismus gegen Rassismus ? Eins muß klar sein: wir FrauenLesben dulden keinen Sexismus - von KEINEM Mann, gleich welcher politischer Richtung, Hautfarbe und Nationalität. Ich kann mich der ausländischen Genossin nur anschließen: solche Typen wie von der Betonfraktion müssen politisch isoliert werden, ehe sie der Bewegung schaden. Wenn wir mal einen von ihnen zu fassen kriegen, können wir für nichts garantieren...

eine weiße Lesbe

FRAUEN, LESBEN UND MÄDCHEN GEGEN GEWALT

Demo am 25.10.1991, 19.00 Uhr

Vor, während und nach der Demo werden Frauen den Falckeladen, Falckensteinstr. 46, offen halten. Ab 17.00 Uhr können sich die, die an der Demo teilnehmen wollen, dort treffen, sich in Gruppen organisieren und zusammen zum Frankfurter Tor fahren. Für Frauen, Lesben und Mädchen, die nicht bei der Demo mitgehen können oder früher raus wollen/müssen, bietet der Laden eine Anlaufstelle. Nach der Demo wird es Gelegenheit geben, hier wieder zusammen zu kommen, gemeinsam zu essen, zu reden, etc.

Kadınlar, Lesbiyenler, Kızlar zulme karşı

Yürüyüş : 25. 10. 91 Saat 19.00'da

Yürüyüş öncesi, sırası ve sonrası FALCKELADEN Falckensteinstr. 46 açık. Saat 17.00'den itibaren yürüyüşe katılmak isteyenler burada toplanabilirler. Buradan hepbirlikte FRANKFURTER-TOR'a gideceğiz. Yürüyüşe katılamayanlar yada yürüyüşten erken ayrılmak zorunda kalanlar FALCKELADEN'a gelebilirler. Yürüyüşten sonra FALCKELADEN'da hepbirlikte sohbet yemek, içmek olacaktır.

KOMMT AM FREITAG, 25.10.91, UM 19 UHR ZUM FRANKFURTER TOR MIT LICHTERN, WAS ZUM KRACH MACHEN UND WAS EUCH SONST NOCH ALLES EINFÄLLT ZUM LAUTSTARKEN ZUG DURCH FRIEDRICHSHAIN UND SO36. BIS DANN!



Ende August 1991
Ermittlungsverfahren gegen RADIO DREYECKLAND "wegen des Verdachts des Werbens für die terroristische Vereinigung ROTE ZORA nach §129a in der Sendung FRAUEN-INFO vom 19.6. 1991", in dem angeblich für die ROTE ZORA geworben worden sein soll.

Am 4.9. 1991
Durchsuchung des Freiburger Buchladens JOS FRITZ wegen des Vertriebs der schon erwähnten Zeitung AUSBRUCH.

Liebe Leute!

Wir sind Frauen, die einmal wöchentlich eine Infosendung von und für Frauen machen, seit 19. 6. 91 in Radio Dreyeckland, Freiburg.
Entstanden ist das Fraueninfo im Anschluß an eine 8.März-Sondersendung, wo wir über internationalen Frauenwiderstand berichteten.
Radio Dreyeckland ist ein freies, nicht-kommerzielles Radio, es entstand im Zusammenhang der regionalen Anti-AKW-Bewegung und sendete 10 Jahre lang illegal, bis es 1988 eine Frequenz zugewiesen bekam und legalisiert wurde.

Als Jingle für das Fraueninfo hatten wir das Lied "Rote Zora" von der Kölner Gruppe 'Heiter bis Wolkig' ausgesucht. Gleich nach der ersten Sendung am 19.6. 91 wurde dieser Jingle von der Landesanstalt für Kommunikation beanstandet. Am nächsten Tag folgte die schriftliche Aufforderung, besagte Sendung an die LfK zu schicken. Doch damit nicht genug. Mitte August kam vom LKA eine Mitteilung, die besagte, daß gegen"unbekannt" ein Ermittlungsverfahren nach 129a eingeleitet worden sei, wegen des Verdachts des "Werbens für die terroristische Vereinigung ROTE ZORA" in der Sendung Fraueninfo vom 19. 6. 91
Bei der beanstandeten Sendung handelt es sich um die erste Sendung des Fraueninfos. Das Wichtigste zum Ablauf:
Bei der ersten Fraueninfo-Sendung stellten einerseits einige Frauen das Konzept des Fraueninfos vor, und andererseits saßen im Studio Vertreterinnen von Freiburger Frauengruppen, die sich und ihre Arbeit vorstellten und ihr Interesse an einem Fraueninfo erklärten. Zu Beginn der Sendung lief der besagte ROTE ZORA-Jingle. Zur Erklärung wurden anschließend Auszüge aus einem Interview mit der ROTEN ZORA dokumentiert. Dieses Interview war bereits 1984 in der Emma erschienen. Darin schildert die ROTE ZORA ihr Selbstverständnis und ihre politische Arbeit als radikale Frauengruppe. Soweit mal das Wichtigste zu dieser ersten Sendung.
Dieses 129a- Verfahren, das nun gegen unbekannte Verantwortliche dieser Sendung läuft, sehen wir im Zusammenhang mit anderen 129a-Verfahren, die sich die letzten 2 Jahre über in Freiburg massiv angehäuft haben (siehe Anhang).
Ein weiteres Problem ist der Druck, der auf das Radio mit dem Landesmediengesetz ausgeübt werden kann. Ein legales Radio muß grundsätzlich verantwortliche Personen benennen können und ist dazu verpflichtet, jederzeit auf Nachfrage der LfK Sendungen vorzulegen. Ansonsten kann mit dem Entzug der Sendegenehmigung gedroht werden.
Selbstverständlich sendet das Fraueninfo weiter, wir werden weiterhin über feministische und andere gesellschaftlich relevante Themen berichten. Ebenso über Vorstellungen, Initiativen und Aktionen, die die derzeitig existierende Herrschaftsordnung angreifen, und die eine gerechte und menschenwürdige Gesellschaft entwickeln sollen

129a – Verfahren in Freiburg, kurze Chronik der letzen zwei Jahre:

Am 23. 7. 1990
wurde der Infoladen Subito und die Wohnung einer Privatperson im Zuge eines Ermittlungsverfahrens nach §129a durchsucht. Das Ermittlungsverfahren war gegen "unbekannte Verfasser, Hersteller und Vertreiber der Zeitung "AUSBRUCH" eingeleitet worden.
Als Begründung für den Vorwurf des Werbens mußten ein Diskussionsbeitrag zu den RZ/Rote Zora und Erklärungen verschiedener Gruppen zu ihren Aktionen herhalten.
Anwesend bei der Durchsuchung waren Beamte des Bundes- und des Landeskriminalamtes, sowie der Freiburger Kripo.
Im Februar 91 wurde das Verfahren gegen die Privatperson eingestellt.

Im September 1990
gab es ein weiteres Verfahren gegen eine Person ebenfalls wegen der AUSBRUCH und eine Hausdurchsuchung bei dieser Person. Das Verfahren wurde auch eingestellt.

Am 9. 4. 1991
erneute Durchsuchung des Infoladens und Personalienfeststellung bei einer anwesenden Person, was wieder mit einem 129a- Verfahren gegen die Freiburger Zeitung AUSBRUCH begründet wurde, diesmal wegen eines Textes der Revolutionären Zellen zum Anschlag auf die Staatskanzlei und das Ministerium für "Arbeit und Soziales" in Düsseldorf Anfang Januar 91. Beide Institutionen sind verantwortlich für die teilweise schon durchgeführte Abschiebung und sog. "Rückführung" der insgesamt 5000 Romas in Nordrhein-Westfalen nach Jugoslavien. Dort sind Roma rassistischen Pogromen ausgesetzt.
Laut OLG "ergibt sich aus der Aufmachung" des abgedruckten Textes "in einer für Sympathie werbenden Form" die "Unterstützung". O-Ton: "Dem Abdruck ist schlagzeilenartig die Forderung "Bleiberecht für Roma und Sinti! Keine Abschiebung! Grenzen auf!" sowie eine entsprechende Illustration beigefügt". (bei der Illustration handelt es sich übrigens um das Foto einer Roma in einem jugoslavischen Ghetto). "Damit nehmen die Verfasser Bezug auf die im Bekennerschreiben niedergelegten Motive, nämlich angeblicher "rassistischer Unterdrückung und Verfolgung" durch die nordrhein-westfälische Landesregierung entgegenzuwirken".

Desweiteren wurde ein Verfahren gegen unbekannte Verantwortliche des Infoladens eingeleitet, wegen eines beschlagnahmten Exemplars der RADIKAL.

Grüße
das Fraueninfo

Sollte euch mehr und genaueres interessieren, schreibt an das Fraueninfo, Radio Dreyeckland, Adlerstr. 12, 7800 Freiburg

BUNDESWEITE KONFERENZ
DER ANTI-AKW-AKTIVISTINNEN
VOM 22.11.- 24.11.1991 IN MARBURG

Das von uns (BIgAM) vorgeschlagene und in der atom Nr 36 und aaa 9/91 veröffentlichte Konzept für diese Konferenz weicht inhaltlich stark von allen bisherigen bundesweiten Anti-AKW-Konferenzen der letzten Jahre ab. Ein Vorbereitungstreffen sollte deshalb die Möglichkeit bieten, Kritik anzubringen, Sinn und Zweck zu diskutieren und schließlich ein endgültiges Konzept zu beschließen.

Im Vorfeld dieses Treffens hatten wir unser Konzept auf der Endlagerkonferenz in Braunschweig am 31.08.1991 und auf der Anti-Atomgesetz-Konferenz in Kassel am 14.09.1991 vorgestellt. Damit wollten wir unsere Ideen schon einmal möglichst vielen Leuten bekannt machen, Entscheidungen über die Form der Konferenz sollten natürlich erst auf dem bundesweiten Vortreffen fallen.

Es gab unterschiedliche Reaktionen:
- Ein Teil der Leute begrüßte und befürwortete unser Konzept.
- einige Leute hielten eine solche Konferenz angesichts des aktuellen Handlungsbedarfs an Schacht Konrad und im Wendland für Luxus bzw. Diskussionen über die eigene Situation und daraus resultierende Perspektiven für fruchtlos und überflüssig. Sie plädierten für eine Konferenz der herkömmlichen Art.
- andere waren mit uns der Meinung, daß einmal grundsätzlich diskutiert werden müßte, meinten aber, das Freitagsplenum wäre dazu ausreichend. Danach sollte die Konferenz mit den üblichen AG's zu einzelnen Standorten und Schwerpunkten fortgeführt werden.
- ein anderer Teil der Leute sah ebenfalls Diskussionsbedarf und machte den Vorschlag, die grundsätzlichen Probleme anhand aktueller Punkte in den AG's zu diskutieren.

AM 6.10.1991 FAND NUN IN MARBURG DAS VORBEREITUNGSTREFFEN für die Bundesweite Konferenz der Anti-AKW-AktivistInnen im November statt.

Die Resonanz auf die Einladung zu diesem Treffen zeigte uns einmal wieder den Zustand der "Bewegung". Außer der BIgAM waren lediglich Vertreter aus den Städten Hamburg, Hannover, Darmstadt, Frankfurt und Dortmund gekommen, jedoch kein Mensch aus den Standort-BI's. Leider kam auch niemand von den Personen, die auf den vorherigen Konferenzen (s. O.) Kritik an dem Konzept geäußert haben.

Im Folgenden sollen die Ergebnisse des Treffens kurz dargestellt werden.

Zu Beginn stellten die anwesenden Leute die Situation ihrer jeweiligen Gruppe und ihrer aktuellen Arbeit vor. Das Bild in den Städten ist fast überall ähnlich, die Gruppenstrukturen werden entweder wesentlich über persönliche Beziehungen gestützt oder sind am zusammenbrechen (oder sind es schon, wie z.B. in Hamburg).

Das Konferenzkonzept, wie es von uns vorgestellt worden war, stieß bei den Anwesenden auf überwiegend positive Resonanz, war aber in manchen Städten wenig diskutiert worden.

Es wurde aber auch eine gewisse Skepsis an den Erfolgsaussichten einer Diskussion über die eigene Situation geäußert.

Die Bandbreite der Positionen reichte von "genau so wie vorgeschlagen" bis zu "schon wie vorgeschlagen, aber mit wenigstens einem halben Tag die üblichen AG's". Allerdins war wie schon erwähnt niemand von denen, die auf den Konferenzen in Braunschweig und Kassel Kritik geäußert hatten, da.

Die wenig kontroverse Diskussion läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Die Konferenz findet so statt wie geplant. AG's, für die sich auf der Konferenz Interesse abzeichnet, können parallel zu den Kleingruppen stattfinden.

Den in Braunschweig geäußerten Kompromißvorschlag, Grundsatzprobleme in "normalen" AG's zu diskutieren, wurde verworfen. Die Gefahr ist dabei zu groß, daß hier dann doch recht schnell nur über die Probleme der alltäglichen Anti-AKW Arbeit diskutiert wird, aber der Versuch einer grundlegenden Analyse unserer Situation unterbleibt.

Das vorgeschlagene Konzept, sowie Organisatorisches und noch ein paar Gedanken der BIgAM befindet sich im Ordner



GEGENDARSTELLUNG ZU DEN ANGRIFFEN AUF DAS AUERBACH

Frau/man mag sich darüber streiten,inwieweit unsere Gäste oder wir im Kiez unerwünscht sind.Die negative Entwicklung in Berlin und insbesondere in Kreuzberg gibt berechtigten Anlaß zu derartigen Befürchtungen, wie wir Euch nachfolgend mit einigen Argumenten erklären wollen:
Es war unsere Art und Weise, Gastronomie alternativ zum bestehenden Angebot selbstbestimmt verwirklichen zu wollen, wenn wir im Gegensatz zu den vielen Döners, Pizzen und Fritten feine, täglich wechselnde Gerichte anboten, wie Ihr ja Gelegenheit hattet Euch davon zu überzeugen.

Da bei uns größtenteils qualitativ gute Zutaten von fähigen Köchen verarbeitet wurden, dachten wir, daß auch das Preis-Leistungsverhältnis okay war.Auch die von uns gebotene Atmosphäre hatte ihren Preis, denn der Laden stand nicht von alleine.

Was wir lange nicht glauben wollten, das Auerbach war trotzdem ein Kohleunternehmen. Unsere Gastronomie war ein Privileg der feinen Leute. Die meisten Leute aus dem Kiez, oft auch welche mit nicht allzuviel Geld, wie Studenten, Taxifahrer usw., die einfach mal was geniesen wollten,konnten sich unsere Menues nicht leisten und mußten mit Döner, Pizzen und Fritten vorlieb nehmen.

Saftige Mieterhöhungen, höhere Strom- Wasser- und Telefongebühren, schwindeleregende BVG-Preise, erhöhte Krankenkassen- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Benzin- und Heizungskosten tun ein übriges zur Zerstörung der Kreuzberger Bevölkerungsstrukturen.
Wenn frau/man nun meint, das Auerbach gehört hier nicht her, weil es eine negative Entwicklung vorantreibt, stimmt das einfach, selbst in seiner Abseitslage am absoluten Rand von SO36 und halb im Gewerbegebiet treibt das Auerbach die Mieten hoch. Mit unseren hohen Preisen ziehen wir ein finanzkräftiges Publikum in den Kiez und machen uns damit zum Vorreiter der Umstrukturierung Kreuzbergs in einen Innenstadtbezirk.
Wir waren schon vor dem Fall der Mauer da und sind im übrigen auch gegen hohe Mieten und wissen auch, daß wirvon der staatlich vorangetriebenen Entwicklung in dieser Stadt nichts gutes zu erwarten haben, denn auch wir haben lieber Gäste von hier.

Was soll´s, witere Worte zu verlieren, wir haben uns folglich entschlossen, das Auerbach Ende November (solange benötigen wir, um aus den roten Zahlen zu kommen) zu schließen. Da es unser Anliegen ist, den Konflikt in beiderseitigem Einverständnis beizulegen, schlagen wir einen Dialog mit uns vor:
Wir könnten uns vorstellen, ab 1992 das Auerbach als Kieztreffpunkt gegen Mieterhöhung zur Verfügung zu stellen. Unser Beitrag hierzu wäre die regelmäßige Organisation von Kiezküchen. Zur Ausarbeitung einer genaueren Konzeption sollten wir uns jedoch einmal zusammensetzen.
Wir schlagen hierfür ein Treffen von allen Beteiligten und Interessierten im Auerbach vor. Zur genaueren Terminabsprache kommt doch einfach mal vorbei, für Verköstigung und Getränke würden wir sorgen.

Das Auerbach- Team

Am 5. Oktober gab es einen »Kübel«anschlag mit verwesten Tauben, Maden und Pferdekot gegen das Restaurant »Auerbach« / Kommt Dialog zwischen dem Besitzer und den Küblern zustande?

Kreuzberg. Zwischen der Kneipe »Alt-Berlin« und der »Interessengemeinschaft CB-Funker, Skatspieler und Schachfreunde« liegt in der Köpenicker Straße in Kreuzberg — angrenzend ans Gewerbegebiet — das nicht ganz preiswerte Restaurant »Auerbach«. Gepachtet hat es der Koch Richard Weilacher (40) vom »Forum Kreuzberg«, einer anthroposophischen Einrichtung. Sein Restaurant (Hauptgericht etwa 32.50 Mark) gibt es seit drei Jahren, Weilacher wohnt nach eigenen Angaben »seit sieben Jahren im Kiez«. Vorher gab es hier ein vegetarisches Restaurant.

Am 5. Oktober wurde im »Auerbach« ein ziemlich ordinäres Gericht serviert. Ein dutzend vermummter KreuzbergerInnen kippte die stinkende Mischung aus »drei Tauben (mit Maden gefüllt), zwei Kilo Pferdemist, ein Kilo Fleischmaden, zwei Kilo Hundefutter, zwei Kilo Blättermagen und zwei Liter Wasser« in den Speiseraum, wie akribisch im Bekennerbrief ausgeführt wurde.

Name der Mixtur: »Pigeon a la Olympique«. Zweck der Aktion: »Kübels Comeback«, nachdem die letzten Aktionen gegen das SO-36-Restaurant »Maxwell« schon »viele Jahre her sind«. Die Ursachen für den jetzigen Angriff hätten sich verschärft, heißt es in einem Beitrag der Kübler in 'Interim', der autonomen Wochenzeitung: »Saftige Mieterhöhungen, höhere Strom-, Wasser- und Telefongebühren, schwindelerregende BVG—Preise, erhöhte Krankenkassenbeiträge, Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Benzin- und Heizungskosten etc«. In dieser Situation kämen viele »Menschen aus dem Wohlstand nach Kreuzberg, um in einem ›ambiente sauvage‹ ein feines Häppchen zu sich zu nehmen«. Die Gäste im Auerbach bezahlten für ein Menu soviel wie »wir für das Essen eines ganzen Monats«. Armut werde »als Exotik verkauft«.

Besitzer Richard Weilacher, der sich zu Unrecht attackiert sieht, räumt ein, daß die »Entwicklung in Kreuzberg berechtigten Anlaß zu derartigen Befürchtungen« gebe. »Diese werden aber nicht durch uns veranlaßt.« Ihm und seinen Leuten gehe es nicht um »das Schwelgen im Luxus«, sondern darum, »zu menschenwürdigen Bedingungen einigermaßen selbstbestimmt arbeiten zu können«. Weilacher: »Ich stehe zu meinem Beruf, ich habe keine Lust, nur Fritten in die Friteuse zu tun.« Es sei sinnvoller, sich gegen die sich ausbreitenden Spielhallen zu wenden. Weilacher hat sich nun in einem offenen Brief an die Kübel-Leute gewendet, gestern wollte er ihn bei 'Interim' und auch beim AL-'Stachel' abgeben. Unter seinen Gästen seien auch Studenten und Taxifahrer, heißt es dort. Das Restaurant liege am Rand von SO 36, halb im Gewerbegebiet und treibe die Mieten dort nicht hoch. »Wer macht schon am Arsch der Welt einen derartigen Laden auf?«

DIE AUTONOMEN MACHEN KEINE FEHLER, SIE SIND DER FEHLER !!!

"Den für die, sagt er, die keine Kraft mehr haben, gibt es bei uns keinen Platz und das weiß auch jeder. Denn die, sagt er leise, ... die neu zu uns hinzukommen, meinen, sie seien die Größten. Und die, die keine Kraft mehr haben, verschwinden still und heimlich und werden nicht mehr gesehen." (Michael Wildenhain, Das kalte Herz der Stadt)

"Die Verbindung mit denen, die vor uns am Werk gewesen waren, war immer gleichbedeutend mit einer Eröffnung des Wegs ins Zukünftige. In diesem Sinn sind wir Traditionalisten, sagte Katz. An nichts Kommendes können wir glauben, wenn wir Vergangnes nicht zu würdigen wissen." (Peter Weiss, Die ästhetik des Widerstands)

Pünktlich zum Ende des autonomen Sommerlochs nehmen die überfälle auf AusländerInnen an Quantität und Qualität (offene Unterstützung in Hoyerswerda) zu. Gleichzeitig wird auf der Ebene der offiziellen Politik über eine Verschärfung des Asylrechts debattiert und die Angriffe auf AusländerInnen werden als Anlaß genutzt, diese Verschärfung durchzusetzen.
Die Autonomen, die bisher noch einen ungefüllten Terminkalender für den Herbst hatten, reagieren wie immer bei aktuellen Anlässen wie ein aufgescheuchter Hühnerhaufen. Hektisch wird versucht, all das wettzumachen, was die Monate vorher unterblieb: Kontakte zu Flüchtlingen werden geknüpft, Verstecke für diese organisiert, Demos durchgeführt, einem Busunternehmen, das die Flüchtlinge in die Ex-DDR gegen deren Willen verfrachtet hat, mehrere Busse abgefackelt.
Politisch langfristige Konzepte werden kaum diskutiert. Stattdessen verschärfen sich die Konflikte zwischen der "aktionistischen" und der "politischen" Fraktion. (Dabei widersprechen diejenigen, die sich bei jedem Anlaß Scharmützel mit den Bullen liefern, nicht autonomer Theorie, sondern sind deren konsequenter Ausdruck: Wenn sowieso keine bewußte Planung möglich ist, taktische Zurückhaltung an einem Punkt nicht mit der langfristigen Einbindung von mehr Menschen in unsere Arbeit wettgemacht werden kann und auf der anderen Seite die Aktionen bei jedem Anlaß auch nicht schaden - denn auch die größten KritikerInnen kommen mangels Alternative wieder zur nächsten Demo - warum soll dann nicht jede noch so zufällig günstige Situation für militante Aktionen genutzt werden?)
Was wir damit sagen wollen: die Flüchtlingsarbeit unterscheidet sich in keiner Weise von den anderen Kampagnen der Autonomen (wie die "interim" in ihrem Vorwort zu unserem "Kampagnenheinz" gemeint hat), im Gegenteil, in gewisser Weise kulminiert hier eine falsche Politik (dazu später mehr). Wir wollen keineswegs einzelne Kampagnen kritisieren, sondern die grundsätzliche Arbeitsweise (seltsamerweise haben uns diejenigen, mit denen wir über unseren Artikel gesprochen haben, weitgehend rechtgegeben, aber die Kampagne, in der sie selbst gerade mehr oder weniger zufällig stecken, davon ausgenommen). Unsere Papiere sind eine Art Austrittserklärung aus den Autonomen.

Persönliche Erklärung des halben Heinz Schenk
Ich habe seit 6-7 Jahren Politik in autonomen "Zusammenhängen" gemacht. Die ersten beiden Jahre waren dabei typische "Jungsponti"-Jahre (chaotische Lebensweise, Tendenz zur Selbstmarginalisierung, Aktionismus). Danach war aufgrund mangelnder persönlicher Perspektiven, die aus der chaotischen Lebensweise resultierten, und häufigen Festnahmen aufgrund des Aktionismus meine Politik zum ersten Mal in eine Krise geraten.
In der Aufarbeitung hat mir dann das Frankfurter Lupus-Papier zu den Libertären Tagen 87 geholfen, die Kritik auf den Punkt zu bringen.
Ich habe in den Projekten und Kampagnen, in denen ich seit 87 drin war, versucht, diese Kritik umzusetzen, d.h.: Kontinuität herzustellen, militante und andere Aktionen sowie Theorie und Praxis ins richtige Verhältnis zu setzen, Mythen abzubauen, aus dem Ghetto herauszukommen.
Diese damalige Kritik wurde und wird von einem Großteil der Autonomen

geteilt. Trotzdem hat sich seit 87 bis in die scheinbaren Kleinigkeiten (z.B. Uniformzwang) nichts, aber auch gar nichts geändert. Wenn eine politische Struktur sich über Jahre hinweg gegen jede Veränderung als resistent erweist, ist sie offenbar nicht reformierbar. Sie muß auf falschen Grundtheoremen basieren, die jede Änderung verhindern. Jede immanente Kritik, die also nur die Symptome kritisiert, fördert das Weiterbestehen einer grundsätzlich falschen Politik, da sie deren Ursachen nicht erkennt. Deshalb kann unsere Kritik z.B. an der Olympia-Kampagne keine solidarische in dem Sinne sein, daß sie das Positive hervorhebt, solange die Grundrichtung nicht stimmt.

Dabei entspricht die Schärfe des Artikels weniger dem Anspruch, die Wahrheit gefressen zu haben, als der Tatsache, persönlich einfach nicht mehr so weiterarbeiten zu können. Ich habe in den letzten 6-7 Jahren irgendwo zwischen 10 und 20 Gruppen und ebensoviele Kampagnen durchlaufen. Ca. 2/3 der Leute, mit denen ich zusammengearbeitet habe, haben sich ins Privatleben zurückgezogen, einer ist vorübergehend in der Psychiatrie gelandet, einige im Suff geendet, einer hängt an der Nadel und einer hat Selbstmord begangen. Daran sind mit Sicherheit nicht nur objektive Bedingungen oder subjektives Unvermögen schuld; die autonomen Strukturen haben diese Formen der Resignation und Verzweiflung hervorgerufen oder zumindest begünstigt.

Ich selbst habe das Gefühl von Stagnation, leide zunehmend mehr unter den inneren Verhältnissen der Autonomen als unter den gesellschaftlichen Bedingungen (das ist vielleicht auch ein Privileg von weißen männlichen Mitteleuropäern). In der Arbeit ist nicht zu spüren, wofür wir kämpfen und die Tatsache nie einmal grundsätzlich seine Fragen einbringen zu können, sondern sich immer nur aufs Neue in Kampagnen hineinstürzen zu können, nervt.

Zudem macht die autonome Geschichtslosigkeit vieles schwierig. Da das Wissen um Geschichte nicht als grundsätzliche Voraussetzung für Politik begriffen wird, existiert keine Art "kollektives Gedächtnis", alle fangen immer wieder am Nullpunkt an. Das Einbringen von Erfahrung muß so als Arroganz verstanden werden. Es ist nicht mal zu schaffen, die Aktionismus-Erfahrungen weiterzuvermitteln, was eine praktische Zusammenarbeit mit jüngeren GenossInnen fast immer unmöglich macht. Offenbar ist es so, daß alle individuell die Erfahrung machen müssen, daß schlecht vorbereitete Aktionen in 9 von 10 Fällen zwar gut gehen, in einem aber daneben und daß sich häufende Festnahmen zur Krise und bei vielen zum individuellen Ausstieg aus politischer Arbeit überhaupt führen. Es ist unmöglich gewesen, auch nur einen einzigen Genossen vom Aktionismus abzuhalten, das haben mit schöner Regelmäßigkeit dann erst die Bullen geschafft.

Von der Weitervermittlung theoretischer Erfahrungen ganz zu schweigen. Ich weiß zunehmend auch nicht mehr, warum ich überhaupt noch theoretische Texte lese, wenn diese auf die Praxis nicht anwendbar sind.

Kurz: Würde ich so weitermachen, fürchte ich schon sagen zu können, was ich in den Jahren 1999 und 2000 mache: in denselben ghettoisierten Strukturen würde ich zur nächsten WWG-Demo 1999 fahren, 2000 gegen Olympia demonstrieren, vielleicht auch im gerade wieder "angeschlossenen Breslau Faschos jagen - von den GenossInnen von 1991 würde kaum jemand übriggeblieben sein - und die neuen und übriggebliebenen würden erklären, daß sich in den Strukturen doch gerade wieder etwas bessert und diese Kampagne ganz anders sei. Und vor allem total wichtig, weil die Schweine doch gerade wieder...

Vielleicht ist das Ganze ja auch "nur" ein Generations-Konflikt. Das Alter der meisten Autonomen und die Dauer ihres Engagements sprechen jedenfalls dafür, daß sie eher radikale Jugendkultur als altersübergreifende Bewegung sind und sein können. Auch ihre Kultur und Politik sind von einer spezifischen (Jugend-)phase gekennzeichnet, der der Abgrenzung. Ich sage dies ohne Wertung. Um zu wissen, wofür wir kämpfen, müssen wir uns zunächst von dem abgrenzen, was wir ablehnen.

Nur glaube ich in den Autonomen nicht älter werden zu können. Das ich gegen die Zustände hier bin und einen revolutionären Prozeß für notwendig halte, weiß ich. Artikel, in denen zum 250. Mal die Strate-

gien des Feindes analysiert werden, entbehren nicht einer gewissen Langeweile. Meine heutigen Fragen sind andere. Es sind die Fragen, die in den Autonomen kaum gestellt werden, weil sie glauben, es genüge gegen das jeweilige Hauptprojekt entgegenzuhalten und der Rest werde sich dann schon irgendwie irgendwann finden.
Es sind z.B. die Fragen danach, WIE ein revolutionärer Prozeß aussehen kann, die nach der Möglichkeit einer übergangsgesellschaft, die Frage danach, was an Theorie der letzten 150 Jahre noch an Gültigkeit besitzt.
Auch kulturell habe ich mit den Autonomen-Szene nicht mehr viel am Hut. Die Zeiten, in denen ich es für notwendig gehalten habe, in ganz schwarz und Springerstiefeln herumzulaufen, um mir selbst und allen anderen zu zeigen, daß ich auch zu den gefährlichen Autonomen gehöre, sind vorbei. Die verbissene Humorlosigkeit vieler Autonomer hat mich wichtige persönliche Beziehungen wieder außerhalb der Szene suchen lassen. Zudem bin ich es leid, meine Abweichung von der autonomen Norm ständig erklären oder gar rechtfertigen zu müssen.
Nochmal ausdrücklich: Ich verstehe dies nicht als Arroganz. Wenn es trotzdem so ankommen muß, dann ist dies genau die Folge eines nicht vorhandenen "kollektiven Gedächtnis", die nur die Wahl läßt, entweder Erfahrungen zu verdrängen oder das Lernen aus ihnen individuell einzufordern, was dann eben als Arroganz und Besserwisserei verstanden wird. Das Problem scheinen mir nicht die Unterschiede zwischen Älteren und Jüngeren zu sein, sondern die Tatsache, daß für den Umgang mit ihnen keine vernünftige Form vorhanden ist. Ich halte es jedenfalls auch für mich für eine schlechte Lösung, mich wie manche Alt-Autonome auf das Anleiern von Kampagnen und Demoleitung zu beschränken und sich die Jungen immer wieder die Hörner an der Repression abstossen zu lassen ("Wir brauchen euren Mut und ihr unsere Schlauheit").
Wenn wir also autonome Politik grundsätzlich in Frage stellen, dann nicht bloß wegen deren mangelnder Effektivität, sondern weil sie ihrem ureigensten Anspruch, subjektive Emanzipation als Voraussetzung des revolutionären Prozesses (und umgekehrt) zu begreifen, nicht gerecht wird. Der im folgenden erwähnte Subjektivismus verhindert gerade die Befreiung des Subjekts.
Eine Politik, die aber lediglich einen objektiven Faktor gegen das "System" darstellt, jedoch keine subjektive Emanzipation ermöglicht, kann zwar kurzfristige Erfolge erringen, diskreditiert aber langfristig jede linke Politik. Auch die SED war ein objektiver Faktor gegen den Kapitalismus.

Der Subjektivismus - Hilfsmittel zur Erklärung der Welt

Um zu verstehen, warum sich die im folgenden erwähnte subjektivistische Theorie bei den Autonomen entwickelte, ist ein Rückblick auf deren Geschichte notwendig. (Schon das ist schwierig genug. Da eine eigene Geschichtsschreibung nicht für notwendig erachtet wird, sind wir auf die Rekonstruktion aus alten Zeitungen, Erzählungen der wenigen Szene-"Opas und Omas" und unsere eigene politische Erfahrung angewiesen. Sicherheit kann dies natürlich nicht bieten, manches können wir nur vermuten. Zudem müssen wir, da keine klar formulierten Plattformen oder Positionen existieren, aus dem autonomen Wust das herausfiltern, was trotz aller Unterschiedlichkeit Autonome miteinander verbindet. Auch das ist nicht einfach.)
Die Autonomen entstanden Anfang der 80er Jahre v.a. im Kontext der Hausbesetzerbewegung als Erbe der Spontis. Nach dem Niedergang 82/83 blieben viele übrig, die weiterhin revolutionäre Politik betreiben wollten. Was macht eine revolutionäre Linke in schlechten Zeiten, wenn sie die kritische Aneignung marxistischer Theorie ablehnt (mit dem Hinweis auf die ML-Tradition v.a. der K-Gruppen) und damit auch Begriffe wie gesellschaftliche Bedingungen, materialistisches Denken und Dialektik verwirft? Wie stellt sie sich vor, mehr zu werden, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen?
Zum Erklärungsmuster wird der voluntaristische Subjektivismus, d.h. daß die Revolution dann stattfindet, wenn die Menschen es wollen. Für

die Frage, warum sie es derzeit nicht wollen, bleiben als Erklärung nur Bösartigkeit, Repression und Verblödung durch Medien und Konsum übrig. Allenfalls kommt noch ein Schuß vulgärmarxistischer Verelendungstheorie hinzu.
Dieser voluntaristische Subjektivismus taucht bei den Autonomen in zwei Spielarten auf, die sich aber gut miteinander vereinbaren lassen.:
a) bzgl. persönlichen Verhaltens: hieraus folgt die Tendenz zur Selbstmarginalisierung mit ihren Auswüchsen wie Uniformzwang, überhaupt das Herausbilden einer weitgehend einheitlichen Subkultur in allen Bereichen (Punk gegen Klassik etc.). Neben diesen unsinnigen Versuchen, bestimmte Geschmacksfragen a priori für links zu erklären (und andere nicht) und dabei einen Konformismus zu erzwingen, der bestimmt nicht links ist, sind die ewigen persönlichen Anspruchs-Debatten Folge dieser Spielart des Subjektivismus.
Nun ist es gewiß so, daß das persönliche nicht vom politischen zu trennen ist und insofern auch persönliche Verhaltensweisen zu diskutieren sind. Problematisch ist aber, daß über allem der Anspruch auf fehlerfreies Verhalten schwebt und dabei nie die Ausgangsbedingungen der einzelnen berücksichtigt werden. Es ist einfach unsinnig, ein Verhalten einzufordern, das eben erst in einer befreiten Gesellschaft möglich ist- und nicht unter derzeitigen Bedingungen. Die Gnadenlosigkeit, mit der gegen alle vorgegangen wird, die diesen Ansprüchen nicht genügen, verhindert gerade eine Weiterentwicklung der einzelnen.
Um konkret zu werden: natürlich gibt es auch hier Grenzen für Spielräume. Vergewaltiger etc. haben in linken Gruppen nichts zu suchen. Wer aber z.B. Eifersucht zur unzulässigen Verhaltensweise erklärt, baut eine innere Repression auf, die dem einzelnen nur das permanente Gefühl ihrer Ungenügsamkeit geben kann oder zur Selbstverleugnung führt und zudem eine Thematisierung der Schwierigkeiten unmöglich macht.
Der Versuch, durch vorbildliches persönliches Verhalten die Ungerechtigkeit der Welt bekämpfen zu wollen, erinnert an christliche Methoden. Kein Wunder, daß verbissene Humorlosigkeit ihren Einzug hält und viele Autonome moralinsauren Protestanten ähnlich sind.

b) bzgl. politischen Verhaltens: Wenn gesellschaftliche Veränderung nicht von gegebenen Bedingungen abhängt, sondern vom subjektiven Wollen, und wenn die Wahl der Mittel daher nicht von der Situation abhängt, sondern das militanteste Mittel immer das beste ist, da der Staat auf dieses am heftigsten reagiert, ist der/diejenige am konsequentesten, der/die am häufigsten militante Mittel einsetzt. Das ist letzten Endes der Kern der Antiimp-These vom "Bruch mit dem System" und Ursache des autonomen Aktionismus.
Vielleicht sind die Unterschiede zwischen der jetzigen RAF/Antiimps und den Autonomen ja auch nicht größer als in der Betonung der verschiedenen Subjektivismen: Während die RAF/Antiimps den politischen Bruch als ausreichend betrachten, legen die Autonomen genausoviel oder mehr Wert auf den subkulturellen.
So erklärt sich die autonome Ghettomentalität: Wer sich einen politischen Prozeß nicht als eine Annäherung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen bei bestehenbleibender Unterschiedlichkeit vorstellen kann, sondern glaubt, daß die ganze Welt so werden müsse wie die eigene Szene, kann nur ein instrumentelles Verhältnis zu anderen entwickeln. Deshalb (und weniger wegen des Rassismus in uns) sind die Flüchtlinge jetzt OBJEKT autonomer Bemühungen wie es die OberpfälzerInnen 86 waren. Sie werden ebenso wie diese fallengelassen werden, wenn sich herausstellt, daß diese keineswegs beabsichtigen, Teil der Szene zu werden.
Der Subjektivismus wirkt sich aber auch zerstörerisch auf den vielbeschworenen kollektiven Prozeß aus. Im Schlepptau hat er einen Objektfetischismus, d.h. Politik ist letzten Endes kein sozialer Prozeß, sondern die Steigerung von militanten Aktionen, Demos etc. und an der Zahl militanter Aktionen und Demos läßt sich demzufolge der Reifegrad einer Linken erkennen.
Folge davon ist wiederum die These "wir kommen nur in unseren Kämpfen zusammen", die von manchen theoretisch vertreten wird, sich v.a. aber in

der praktischen Arbeit zeigt. Noch jedes Mal, wenn wir uns aus politischen Gründen an der aktuellen Kampagne nicht beteiligen mochten oder persönlich einfach nicht konnten, sind wir so gut wie vollständig aus der Szene herausgefallen. Die einzelnen werden so zum Rädchen im Getriebe, die nur dann für einen revolutionären Prozeß als wertvoll betrachtet werden, wenn sie einen "output" an Aktionen hervorbringen. Dies ist aber nichts anderes als kapitalistisches Denken, das die einzelnen nach dem Wert ihrer erbrachten Leistungen misst und Leistung als Voraussetzung der Freiheit begreift.

SUBJEKTIVISMUS BEDEUTET DEN VERLUST INNERER DEMOKRATIE
Die innere Demokratie (Demokratie nicht im Sinne parlamentarischer Demokratie, sondern als Möglichkeit, die Vorgänge innerhalb der eigenen Gruppen und Organisationen zu beeinflussen) ist Voraussetzung für jede emanzipative Politik. Diese ist bei den Autonomen nicht gegeben. Kritik kann nur als unverbindliche Aufforderung geäußert werden, die aber, da keine bewußte Planung möglich ist und die Formen autonomer Politik a priori gegeben sind, wirkungslos bleiben muß.
Auch dies resultiert aus dem Subjektivismus: wo es nicht mehr um die Anpassung der politischen Formen an die gesellschaftlichen Bedingungen sondern um bloße Steigerung der Leistung der einzelnen geht, ist grundsätzliche Kritik überflüssig geworden. Aus demselben Grunde waren die realsozialistischen Staaten unfähig, z.B. der Unproduktivität der eigenen Wirtschaft mit einem politischen Diskurs zu begegnen, sondern konnten diese nur dem Gegner zuschreiben und mit Appellen antworten, die eigene Leistung zu steigern. Sie unterlagen dem Fehler, ihre Form des Sozialismus nicht für eine mögliche, sondern für die immer und zu allen Zeiten einzig mögliche zu halten. Der Versuch, sich so aus der Geschichte zu stellen, wurde mit ihrem Verschwinden bestraft.
Zur Hilflosigkeit und Ohnmacht gegenüber einer als nicht veränderbar angesehenen Gesellschaft tritt damit die Hilflosigkeit und Ohnmacht gegenüber der unveränderbaren, kaum einmal beeinflussbaren Szene.

DAS AUTONOME ORGANISATIONSMODELL ALS ANTWORT AUF DIE ÄRA DES MASSENKONSUMS
Die Ursache dafür, daß Autonome innerorganisatorische Demokratie für unwichtig erachten, liegt aber auch in ihrer falschen Gesellschaftstheorie. Wäre die hauptsächliche Ursache gesellschaftlicher Unterdrückung in den Metropolen tatsächlich Repression und überwachung, könnte ein Organisationsmodell, das die Individuen der überwachung und dem Zwang zum gesellschaftlichen Konformismus entzieht, tatsächlich eine gewisse subjektive Emanzipation ermöglichen, wenn auch nur wenig politisch erfolgreich agieren.
Die Gesellschaft der BRD der 80er und 90er Jahre besteht aber zunehmend v.a. darin, daß ihre Individuen atomisiert, Handlungen ihres Sinns für gesellschaftliches Zusammenleben entleert (Ausbau des Dienstleistungssektors=Verwertung immer mehr Bereiche persönlicher Beziehungen) werden und kaum noch Kommunikation über kleine Gruppen hinaus stattfindet. Linke Politik begeht eine Todsünde, wenn sie in dieser Situation nicht die gesellschaftliche Zersplitterung durch Organisation aufzuheben versucht, sondern das Erfolgsmodell des kapitalistischen Staates als einzige Möglichkeit für emanzipatives Handeln darstellt. Die Bekämpfung von Individualisierungsprozessen ist nicht durch Organisierung in ebenso zersplitterten Kleingruppen möglich.
Rückblickend kann damit auch erklärt werden, warum die Autonomen Anfang der 80er Jahre eine größere Wirksamkeit als heute hatten. Sie waren die letzte, vielleicht einzig mögliche, Antwort der Linken auf das "Modell Deutschland", was heißt: institutionalisierte Konfliktlösungen, Integration gesellschaftlicher Widersprüche durch Massenkonsum, standadisierte Lebensmodelle von der Einbauküche bis zum mit-20-in-den-einen-Beruf-bis-zur-Rente und der Kleinfamilie als gesellschaftlicher Norm. Sich diesem Anpassungszwang entgegenzustellen, hatte Anziehungskraft, zumal der Anpassungszwang eher ideologischer als ökonomischer Art war (von Sozi oder Bafög leben war noch möglich). Diese Voraussetzungen sind heute nicht mehr gegeben: die Ablehnung der

Kleinfamilie ist das Erfolgsrezept der Yuppies, Flexibilität und Spontaneität ist Voraussetzung für Karriere, Massenkonsum wird durch Luxusware einerseits und Billigläden andererseits ersetzt; die Unterschiedlichkeit von Lebensmodellen ist zumindest in Großstädten keine Provokation mehr, sondern Voraussetzung für Spaltung in Hunderte von Interessengrüppchen. Subkultur besitzt damit keine Sprengkraft mehr, sondern fügt den verschiedensten Lebensmodellen lediglich noch ein weiteres hinzu.

HARTMANNISMUS UND FLÜCHTLINGSKAMPAGNE -
DIE THEORIE WIRD DER PRAXIS ANGEPASST

Bis Hoyerswerda haben wir uns gefragt, warum die autonome Flüchtlingsarbeit so seltsam verläuft. Warum sitzen Gruppen ein halbes Jahr im trauten Kreis und reden über ihren Rassismus, ohne einen Flüchtling auch nur mal aus fünf Metern Entfernung gesehen zu haben (wir kennen solche Gruppen)?
Warum gibt es seit fünf Jahren Anschläge der RZ zu dem Thema, die in keiner Weise mehr dem alten RZ-Anspruch gerecht werden, in Verbindung zu einer Bewegung zu stehen geschweige denn die erreichen, denen sie solidarisch zugedacht waren, ohne daß dies von der RZ nur einmal kritisch reflektiert worden wäre?
Warum haben die Autonomen bis Hoyerswerda kaum einmal ihren traditionellen aktionistischen Arbeitsbereich übernommen, d.h. die Flüchtlingsheime vor Angriffen zu schützen?
Dazu müssen wir nochmal einen Blick in die autonome Geschichtstruhe werfen: Daß die autonome Politik unzureichend war, war am Ende der Anti-AKW-Bewegung nicht mehr zu übersehen. Mit der weitgehenden Integration der Grünen und der Alternativbewegung in das politische System war der nationale Bezugsrahmen der Autonomen verschwunden. Die Befreiungsbewegungen im Trikont stagnierten und wiesen z.T. revisionistische Tendenzen (z.B. Nicaragua) auf. Wollten die Autonomen weder einen richtigerweise unmöglichen Rückgriff auf alte politische Bezüge wie die SU oder die ArbeiterInnenklasse versuchen noch ihre eigene Politik radikal in Frage stellen, blieb nur noch ein revolutionäres Subjekt, das die BRD-Linke in den letzten 20 Jahren nicht ausprobiert hat: die verelendeten, aber unorganisierten Massen des Trikont und mittlerweile auch Osteuropas. Das sympathische an ihnen war zudem, daß ihre Struktur der der Autonomen sehr nahe schien: ohne jegliche Organisation, daher nur zu spontanen Aufständen oder individuellem Verweigern fähig, ohne historisches Bewußtsein und langfristige Konzepte agierend.
Der autonome Operaisten-Flügel setzte dem noch eins drauf und kreierte den sogenannten "Neuen Antiimperialismus". Detlef Hartmann u.a. begingen dabei den verhängnisvollen Fehler, nicht mehr die eigene Praxis kritisch zu betrachten, sondern sich das Bild von der Wirklichkeit nach der eigenen Praxis zu machen, so daß die verelendeten, unbewußten Massen zur eigentlichen Triebfeder der Geschichte wurden. (Zur näheren Kritik der "Materialien für einen Neuen Antiimperialismus" finden wir auch die Broschüre "Mit den überlieferten Vorstellungen radikal brechen" der Autonomen Studis/Bolschewiki aus Freiburg interessant).
Die mangelnde autonome Theoriebildung ermöglichte es den Hartmannisten, diesen Unfug ohne größeren Widerspruch monatelang z.B. in der IWF-Kampagne oder der Berliner Vorbereitung bzgl. Golfkrieg (z.B. interim-Sondernummer) verbreiten zu dürfen. Besonders bedauerlich ist, daß sie ihre Thesen nach aktuellen Ereignissen, die sie hätten widerlegen können (z.B. Aufstand in Venezuela, von dem dank eines Fehlen einer organisierten Linken nichts übrig blieb), nicht überprüft haben.
Wenigstens die abstruse These, daß Jelzin im Moskauer Putsch nur der Kasper der sowjetischen Massen gewesen sei, hat noch eine Gegenmeinung gefunden (siehe interim). Ansonsten ist der Hartmannismus eine Tendenz, die je mehr sie sich durchsetzt, bewirkt, daß die Autonomen jenseits von Gut und Böse dastehen.
Natürlich ist Flüchtlingsarbeit bitter notwendig. Der Schutz vor Anschlägen ebenso wie Rechtsberatung und Pressearbeit. Dies, weil Linke immer die Aufgabe haben, gesellschaftliche Brüche wahrzunehmen, Unter-

drückte zu unterstützen und zu ihrer Selbstorganisierung beizutragen. Da sich die Flüchtlinge aber als revolutionäres Subjekt ausgekuckt wurden und dafür nicht einmal Fakten angeführt werden können, weil völlig im Unklaren bleibt, wie sie von der Klasse "an sich" zur Klasse "für sich" werden können, wird a) die Kampagne baden gehen und b) sich zuvor ein instrumentelles Verhältnis zu den Flüchtlingen einstellen. Vielleicht hat der Vorwurf des Rassismus und Eurozentrismus gegen die Autonomen hier einen Teil seiner Ursache. Schlimm ist nur, daß der Subjektivismus daran hindert, diesen Vorwurf als einen inhaltlichen an die eigene Theorie und Praxis zu begreifen, sondern wieder nur als Bezug auf individuelles Fehlverhalten interpretiert werden kann. Die Tübinger Unterstützungsgruppe schreibt z.B.:"Als unser Bioeintopf nicht ankam, merkten wir, daß auch wir so etwas wie Dankbarkeit erwartet hätten" (interim 150, radikal 143). Wir glauben, daß dies lediglich Folge ihres instrumentellen Verhältnisses zu den Flüchtlingen sowie der Ghettobildung und des sich selbst als politische Elite Begreifens ist. Wer andere instrumentalisiert als Rettungsanker in der eigenen politischen Not, hat kein Interesse an ihnen. Das führt halt dazu, gar nicht auf den Gedanken kommen zu können, daß der beliebte Volxkücheneintopf anderen nicht schmecken könnte - und es erklärt auch, warum manche autonomen Flüchtlingsgruppen glauben, ohne Kontakt zu Flüchtlingen arbeiten zu können. Die Flüchtlingskampagne ist vermutlich der letzte Rettungsanker der Autonomen; danach bleibt ihnen nur, wie es sich jetzt schon andeutet, sämtliche Theorie-und Praxisansätze der letzten 10-20 Jahre zu einem unsäglichen Brei von beliebig zu verwendenden Versatzstücken zu verwursten.
Die Folgen sind aber noch schwerwiegender. Die Hinwendung zu einer rein internationalistischen Politik, wie sie die RAF bereits Anfang der 70er Jahre begonnen hat, ist das Eingeständnis auf die Widersprüche im eigenen Land keine Antworten mehr zu haben und auch keine mehr haben zu wollen. Zwei Jahre hat die BRD-Linke es kaum für notwendig gehalten, mit den Menschen in der Ex-DDR eine gemeinsame Politik zu versuchen. Lediglich zum Fascho-Klatschen taucht sie dort auf. Ein reiner Abwehrkampf gegen Rassismus und Faschismus wird aber zum Scheitern verurteilt sein. Internationalistische Politik basiert auf Politik im nationalen Rahmen und an den Widersprüchen im eigenen Land, genauso wie Solidarität auf dem Versuch der subjektiven Emanzipation basiert. Die autonome Theorie zur Flüchtlingskampagne legitimiert damit im Nachhinein auch das eigene, selbstgewählte Ghetto im Sinne einer selffulfilling-prophecy: erst macht man/frau kaum Politik mit den Deklassierten im eigenen Land, woraufhin sich diese wie immer nach rechts wenden, womit dann wieder Argumente gegeben sind, nichts mit ihnen versuchen zu wollen.

EINIGE ANTWORTEN AUF LIESELOTTE PULVER UND HERRN HÜBEL

Zu Herrn Hübel wollen wir nur an zwei Punkten eingehen, wo er unseres Erachtens nicht nur polemisiert, sondern weiter verbreitete Einstellungen vertritt. Ansonsten scheint er unter jener (typisch deutschen?) Intellektuellenfeindlichkeit zu leiden, unterschwellig mit dem beliebten Vorwurf gekoppelt, wir würden von der Schreibmaschine herab die Aktiven betrachten und selbst nichts praktisches machen.
Ach, Herr Hübel...
"Um sich jedoch noch etwas Respektabilität zu verschaffen, muß sich der gepeinigte Leser am Schluß noch einige Sätze des Gründers der KPI anhören, die sich in den 60er und 70er Jahren genügend mit der italienischen Autonomia-Bewegung geprügelt hat":Erstens kann Herr Hübel als Kommunistenfresser nicht mehr zwischen der KPI der 20er Jahre und der des "historischen Kompromisses" mit der Christdemokratie der 70er Jahre unterscheiden; und zweitens verkennt er dabei, daß gerade die Gramsci-Rezeption eine wichtige Rolle im Aufbau einer Linken jenseits der KPI gespielt hat.
"Daß die Autonomie kein widerspruchsfreies, homogenes Gebilde ist, sondern ein bunter Haufen, der sich zudem ständig im Wandel befindet, gegen Repression aber relativ unanfechtbar und trotzdem, Kontinuitäterä, eine kontinuierliche Praxis zustande bringt, empfinde ich gerade als Stärke": Wir haben zuvor schon mal einiges dazu gesagt, wollen hier

aber nochmal betonen, daß Herr Hübel hier dem Fehler aufsitzt, den äußeren Schein der Autonomie mit dem inneren Sein zu verwechseln. So glauben wir, daß sich außer den jeweiligen Modethemen und der weitgehenden Auswechslung der KämpferInnen nicht viel wandelt; und daß die Repression zwar nicht oder kaum die Autonomen als solche zerschlägt (aber dies hat nichts mit der Organisationsform zu tun, siehe die massenhafte Einknastung der italienischen Autonomia), aber die einzelnen Autonomen in einer Härte trifft, die gerade in Ermangelung einer Organisation kaum aufgefangen werden kann.
Zu Lieselote Pulver ist es schwieriger, etwas zu entgegnen, da sie in einer immanenten Logik durchaus recht hat. Da prallen zwei Weltbilder in der Herangehensweise aufeinander, die es schwierig machen, sich zu verstehen. Richtig ist auf jeden Fall, daß es "einem faktischen k.o. in der 100. Runde gleich" käme, würden wir jetzt alle linken Gruppen an einem runden Tisch versammeln, und eine gemeinsame Analyse und Strategie ausarbeiten wollen. So würden sich alle doch nur ihren alten Senf gegenseitig um die Ohren hauen wollen. Ohne eine Bereitschaft, die eigenen Positionen radikal zu hinterfragen, hat dies tatsächlich keinen Sinn.
"Deine Kritik, die Themen Flüchtlinge, Umstrukturierung wären als Reaktion auf Reformismusangst von Linksradikalen besetzt worden, ist echt frech. Solidarische Kritik heißt für mich, die Menschen erstmal wenigstens zu fragen, als einfach Behauptungen in die Welt zu setzen."
Natürlich sind die Themen nicht bewußt aus diesem Grunde besetzt worden. Das ist aber auch gar nicht unser Kritikpunkt. Nur: da die autonomen Strukturen keine bewußte Planung ermöglichen, sie also nur unbewußter Reflex auf die herrschenden Bedingungen sind, ist es für eine politische Einschätzung vollkommen belanglos, nach den Motiven der einzelnen zu fragen, da diese mit der praktischen Politik nicht viel zu tun haben. Kritik hat dann vielmehr die Aufgabe herauszufinden, warum sich in dieser oder jener Situation zwangsläufig jene neue Linie entwickeln mußte. Wir behaupten nichts weiter, als das die Autonomen unbewußt das Richtige getan haben, wollten sie als Autonome überleben, nämlich nach 86 die Themen besetzt haben, auf die noch nach autonomer Art Politik gemacht werden konnte.

WIE WEITER ???
Nun ist es nicht so, daß wir hier nur pure destruktive Kritik leisten wollen und keine eigenen Ideen hätten. Wir können zwar -und das ist auch gut so- kein perfektes Modell für die revolutionäre Linke der BRD der 90er Jahre entwickeln, aber wir hätten zumindest einige konkrete Vorschläge für die nächsten Schritte:
- Bestandsaufnahme linker Politik in der BRD und die Bereitschaft, die eigenen Ansätze (nicht revolutionäre Politik an sich) radikal zu hinterfragen
-ebenso überprüfung linker Theorie der letzten 150 Jahre auf ihre Brauchbarkeit insbesondere nach dem Scheitern des "realen" Sozialismus und des Stagnierens der neuen Entwürfe linker Politik seit Anfang der 60er Jahre.
-Bereitschaft, eine Organisationsdebatte zu führen und ebenso die Bereitschaft,Politik wissenschaftlich und nicht emotional zu begründen
-dabei gleichzeitiges Drinbleiben und Ausbauen der Arbeit in den Teilbereichen, in denen tatsächlich längerfristige Kontakte zur Außenwelt bestehen und die nicht lediglich wieder in einem halben Jahr vergessene Modethemen sind.
Fraglich ist aber, ob wir uns mit unseren Ideen nicht was husten können. Ob also nicht genau der Subjektivismus, der politische Aktion unabhängig von gesellschaftlichen Bedingungen produziert, ein Erkennen der Notwendigkeit der Änderung linker Politik verhindert; ob unsere Diskussion nicht damit als überflüssig abgetan und uns der Verrat-Vorwurf gemacht wird. Dies wird die Diskussion, so sie zustande kommt, zeigen.

Heinz Schenk

Wenn Autonome von Umstrukturierung blubbern und den Schweinen einen Mauerpark schenken, finden die Olympischen Spiele garantiert dort statt, wo die Nachbarn ihren autonomen HausbesetzerfreundInnen gerade die Fresse polieren

Schrift wider autonomen Traditionsgeist. Zur Diskussion im AOK.

Olympia in Berlin, das muß sich messen lassen an den Nazilympics 1936 an selber Stelle. Und das tut es auch. Im Stadtforum präsentierte ein Karl Heinz Wuthe von der Olympia GmbH den "maßstabbildenden Vorläufer" 1936 als sein Vorbild für Berlin 2000. Ganz offen, völlig skrupellos wird Geschichtsballast über Bord geworfen, hemmungslos bedient sich Technokraten von heute dort, wo es die Linke versäumt, genauer hinzusehen. Was schon haben die 90er mit der Zeit der Durchführung der ersten Spiele in dieser Stadt gemein? Vielleicht dies: Die zwanziger Jahre der neuen Macht zu sein. Aber zu Erkenntnisschritten dieser Art müßten sich die nur an Kostenrechnungen und Verdrängungseffekten interessierten KritikerInnen auf die historische Ebene "herablassen". "Schon wieder" Faschismusaufarbeitung? Wieder! Und, wenn nötig, immer wieder.

Der Ort, der Raum des Festes, er ist konserviert. Und wer will behaupten, daß mit seiner Erhaltung nicht auch konserviert worden ist, das Bewußtsein von völkischer Gemeinschaft, von überlegenem Herrenmenschentum? Der Deckel auf dem Topf mit der braunen Soße, der mit dem Bestehen der autoritär-antifaschistischen DDR vorhanden war, ist Geschichte. Das befreite Aufatmen des fremdenfeindlichen deutschen Volkes machte sich in den letzten zwei Jahren mit rassistisch motivierten Mordtaten, Pogromen, Anschlägen usw. Luft.
Wo aber bleibt das Positive, nach dem die schwer angeschlagene deutsche Seele lechzt? Hier deutet sich an, daß praktische historische Rückgriffe notwendig sein werden. Die Feste, in denen es sich selbst feiern konnte, das Volk, das deutsche, in dem Wahn, Sieger der Geschichte zu sein, die Nächte des November 1989, die ekelhaft besoffenen Gemeinschaftsfeiern an Silvester sind vorbei. Sie haben Platz gemacht dem gleichzeitigen Gefühl, Opfer zu sein imaginärer, eingeredeter Tyrannei und der manischen Suche nach Schuldigen, die in den Andersartigen gefunden werden. Man/n wird sich aber nicht mit dem Gemeinschaftsritual des Lynchens zufriedengeben.

Das Massenbewußtsein sucht das Massenerlebnis Begeisterung und Enthusiasmus. Die dauernden Schlachtriten hinterlassen ohnehin ein schlechtes Gewissen. So wird man/n der Welt wieder einmal zeigen müssen, zu welchen Energieleistungen im Bereich Organisation und Inszenierung das Volk der Arier imstande ist. Ort der Handlung: Das Olympiastadion, die Bauten des "Reichssportfeldes". Wie das Pergamonmuseum läßt sich auch die Kultstätte Maifeld für heutige Zwecke gebrauchen. Die Tempel- und Kultbauten enthalten in ihrem ernsthaften und sakralen Charakter auch eine reale Drohung: "Dem, der die geforderte Haltung nicht einnimmt, droht der Ausschluß aus der im umstellten Raum ihren Zusammenhalt zelebrierenden Gemeinschaft. Er wird zum Zielpunkt möglicher Gewalt."* Diese wird heute vorweggenommen, zielt sie auch noch nicht auf die KritikerInnen der Inszenierung.
In den endlosen von Fackeln gesäumten Gängen des Stadions wird der Wille des Individuums zerbrochen, Unterwerfung verlangt. Vor Betreten des Stadioninneren hat der Einzelne sich zu unterwerfen, muß aufgehen in der von den maßlosen Bauten verlangten Masse. Der einzelne Mensch kann sich zu diesem Bauwerk nicht in ein Verhältnis setzen, er geht darin unter, es sei denn, er ist Teil der den Kultraum füllenden Masse. Der düsteren Bestimmung ist hier nicht zu entgehen. Und genau an diesem Ort wird die Sehnsucht nach Gemeinschaft ein zweites Mal Erfüllung finden: "Das Reichssportfeld war für eine deutsche Volksgemeinschaft geschaffen. Innergesellschaftliche Widersprüche wurden scheinbar beseitigt (...) Die Möglichkeit realer Gewaltsamkeit wohnte diesen Beziehungen jederzeit inne."
Seit den Spielen von 1936 sind alle weiteren Olympiaden mit kultischen Elementen aufgeladen gewesen ("über dem modernen Geschehen der Olympischen Spiele liegt der Zauberkreis des Geschichtlich-Alten und des Göttlich-Frommen... Was die Feier einleitet: Glockenklang - Fanfaren - Eid - Fahnen - Tauben - Lichtsymbol, alles bedeutet Weihung, einem kirchlichen Feste gleichgeordnet, ohne ihm nachgebildet zu sein, über allem liegt tiefe Ergriffenheit, einer religiösen Feierstunde vergleichtbar", Carl Diem). Doch keine Spiele verstanden es mehr, diese "auf alte Religiösität anspielende theatralische Darstellung" zu inszenieren, wie es in Berlin geschehen war. Es fehlten hierfür die notwendigen kultischen Bauten und Flächen, die allein in Berlin vorhanden sind: "Der steinerne, den Kult architektonisch fixierende Rahmen nimmt die todgeweihten Lebenden ebenso auf wie die Masse der lebenden Toten, deren Andenken er bewahrt."

* Soweit nicht anders angegeben sind die Zitate dem Aufsatz von Thomas Alkemeyer: Gewalt und Opfer im Ritual der Olympischen Spiele 1936, veröffentl. in: Dreßen W. (Hg.), Selbstbeherrschte Körper, Berlin 1986 (Berliner Topographien 6), entnommen.

Ein steinernes Denkmal für gefallene germanische Kriegsheroen und deren Nachfolger, getreues "verkleinertes Abbild des nationalsozialistischen Deutschland" und dem Wunschbild der mythengeilen deutschen Seele. An diesem Ort dürfen nie wieder Olympische Spiele stattfinden. Nichts ist neu, alles ist neo, schon mal dagewesen. Eine Wiederholung an diesem historischen Ort, verlangt nach gesellschaftlichen Entsprechungen.

Nie auch verleugnet der umbaute Raum des Reichssportfeldes seinen Festungscharakter. Alles Fremde wird an diesen für die Ewigkeit gebauten Mauern (mit hohem "Ruinenwert", Albert Speer) zerschellen. Der Ausgrenzung durch die glatten, abweisenden Flächen und maßlose Quader entspricht die schon beschriebene Eingrenzungsfunktion für die Massen des "Innen" im Stadion und der des von einem Steinwall umschlossenen Aufmarschplatzes Maifeld. Dem entsprechen die Vorgänge im Inneren der Festungsanlage. "Die Schönheit sportgestählter Körper ist nicht zu trennen von der drohenden Vernichtung eben dieses Körpers im Krieg. Der Sport als Vorwegnahme eines "heiligen Dienstes am Leib des Volkes", der nur im Krieg leistbar ist. Was in diesem Stadion kanalisiert zum Ausdruck kam, wurde später freigesetzt zu der Gewalt des Krieges und der Gaskammern.

Darüber haben die zu reden, die sich heute zusammentun, um eine Wiederholung der Spiele in Berlin zu verhindern.

Eine Anti-Umstukturierungs-Kampagne, die zweihundertfünfundachzigste ihrer Art, verbunden mit ökologischen Apokalypse-Vorstellungen, trägt weder zum Verständnis dessen bei, was uns durch Olympia bevorsteht, noch nimmt sie wahr die Isoliertheit einer fundamentalen Gegenposition zu den Spielen. Immer wird sich an die Hoffnung geklammert, die "Massen" würden sich in Bewegung setzen gegen Vertreibung und Mietwucher, wir müßten nur das unsere dazu tun. Selbst wenn die weiße deutsche Einwohnerschaft dieser Stadt Sturm laufen würde, gegen bevorstehende Verdrängungsprozesse, was sie nicht tut, was hat das mit Olympia zu tun? Sinkt dadurch die Wahrscheinlichkeit der Durchführung der Spiele in Berlin? Zur Kenntnis nimmt diese autonome Traditionsposition einfach nicht, daß Olympische Spiele andere Zwecke verfolgen und durchaus nur marginal mit den in den nächsten Jahren hier tatsächlich stattfindenden Vertreibungsprozessen zu tun haben. Im Gegenteil, dieses Fest ist zur Einbindung auch der betroffenen Bevölkerungsschichten und zur massenhaften Loyalitätsbekundung an den existierenden Staat wie geschaffen. Auch den BerlinerInnen bringt es die "Ehre", sich für einige Wochen als Welt-Mittelpunkt fühlen zu können. Teilhaben zu können als Mitspielende im Zentrum des Medieninteresses. Und wenn dann auch noch die "eigenen" AthletInnen siegen, wer wagt es dann noch, dem vor Begeisterung brüllenden Proleten zu sagen, daß er schon wieder alles falsch mache und nichts begreife. Genau das Gegenteil ist nämlich der Fall. Er weiß genau, daß er vom Großteil der als Opposition auftretenden Quatschköpfe nichts zu erwarten hat, als vereinzelte, auch touristisch nutzbare, Bio- und Soziotope (kleine Stadtrundfahrt durch SO 36 gefällig?) Gib ihnen den Mauerpark (geschehen am 17. Oktober, nach Verlaut barung von Hinkefuß) und selbst das alternative (Fuß-)Volk hält's Maul. Jede weitere Störung ist verboten. Die aber, die dann immer noch den Mund aufmachen, werden es zu spüren bekommen, was es heißt, einem einigen deutschen Volk frontal gegenüberzutreten.

Die Autonomen der Stadt sind verglichen mit anderen Städten zwar politisch aktionsfähig, jedoch nicht in der Lage, Bewußtseins- und Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Machen wir zu diesem Zeitpunkt relativer politischer Schwäche der Linken die falsche Politik und hängen uns in der Anti-Olympia-Arbeit an die überkommenen beliebigen ("Gegen Umstrukturierung") Kampagnen der Alt-Linken an, werden wir mit ihnen verlieren, weil wir einen Nebenschauplatz mit dem Hauptschlachtfeld verwechseln. Wir haben eigenständig unseren Standort in den Olympia-Diskussionen zu bestimmen. Wenn nötig, haben wir die einzig negierende Kraft der Stadt zu sein und auf die Dynamik eines grundlegenden Widerspruchs zu allen anderen Gruppen zu setzen. Wir waren in dieser Diskussion eh schon mal wesentlich weiter.
Die "Kämpfenden Waldfeen" erklärten bspw. Anfang 1988, daß die autonome Geschichte "letztlich auch eine Geschichte des gescheiterten Versuchs (ist), einer ... Teilbereichsbewegung eine revolutionäre Richtung zu geben". Ohne die Fähigkeit, eine eigenständige Politik zu formulieren, werden wir zu einer ernsthaften kontinuierlichen Praxis nicht fähig sein. Und wenn unsere Diskussionen zu dem Schluß führen, daß wir mit unseren Positionen ziemlich alleine stehen und zu schwach sein werden, Verhinderungs-Parolen umzusetzen, haben wir auch dazu zu stehen - und unseren Standpunkt trotzdem inhaltlich und praktisch zu vertreten.

Iwan Strelnikov

Auszug aus dem berliner VS-Bericht von 1990.

2.1.1.4 Autonome

2.1.1.4.1 Vorbemerkung

Bei der Vielzahl heterogener, mehr oder weniger konstanter Gruppen, Zirkel etc., die sich selbst als Autonome bezeichnen, sind die Übergänge zwischen gewaltablehnenden und gewaltbefürwortenden Kräften fließend. Grundsätzlich unterliegen nur diejenigen Autonomen der Beobachtung der Sicherheitsbehörden, die

- an gewalttätigen Aktionen mit linksextremistischem Hintergrund mitgewirkt oder diese vorbereitet haben,

- den Einsatz von Gewalt bei diesen Aktionen befürwortet haben oder

- häufige oder enge Kontakte zu Gewalttätern oder Gewaltbefürwortern hatten, d.h. insbesondere zu Mitgliedern von Gruppen, die Gewalttaten propagieren, vorbereiten oder durchführen.

2.1.1.4.2 Grundlagen, Ziele, Strukturen

Die Grundtendenz Autonomer zur Ablehnung der Organisation, zur Dezentralisierung, zum Ideologieverzicht, zur Ablehnung von Disziplin, zur Selbstorganisation und eben zur "Autonomie" hat zahllose differierende und oft nur kurzlebige Ausformungen bewirkt. Zudem wird der Begriff "autonom" von den verschiedenen Gruppen nicht einheitlich angewendet.

Daraus erklärt sich auch die Vielfalt der oftmals spontan entstandenen, losen, nach außen jedoch eher abgeschotteten sogenannten Zusammenhänge. Zu ihnen gehören u.a. militante Kernkraftgegner, Anhänger von Arbeitslosen-, Jobber- und Sozialhilfeempfänger-Initiativen, die sich selbst als sozialrevolutionär bezeichnen, Angehörige von Antifa-Gruppen und auch von anarchistisch inspirierten Zusammenschlüssen.

Die Autonomen entziehen sich folgerichtig jeder nach organisatorischen Einheiten gegliederten Darstellung. Strukturelle Ansätze werden nur in einzelnen Kommunikationszentren und Anlauf- und Fixpunkten wie Szenekneipen einschließlich der sie bewirtschaftenden Kollektive, einigen Info-Läden, einer Telefonkette und in Wohngemeinschaften sichtbar. Wohngemeinschaften, aber auch zu bestimmten Themen entstandene Gruppen, sind oft jedoch von nur geringer Konsistenz. Sie existieren nur Wochen oder Monate in der ursprünglichen Form. Zudem litten die bislang vor allem im Bezirk Kreuzberg anzutreffenden Wohngemeinschaften seit der Öffnung der Mauer an Auszehrung, da der Ostteil der Stadt einer großen Zahl von Autonomen mehr Nischen bot als ihre bisherige Hochburg.

Die ganz überwiegende Mehrheit der Autonomen sind Jugendliche bzw. jüngere Erwachsene zwischen 18 und 28 Jahren. Zumeist sind es Schüler, Auszubildende, darunter viele, die mit der Lehre oder dem Studium nicht zurechtkommen, Gelegenheitsjobber, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Viele Autonome wenden sich schon nach wenigen Jahren ernüchtert von der Szene ab, enttäuscht über das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit autonomer Lebensziele. Als besonders frustrierend werden die selbstgewählte Ghettosituation und die ständigen ergebnislosen Perspektivdiskussionen empfunden. Die Zahl der Autonomen wird von den Sicherheitsbehörden seit Jahren für die alten Bundesländer auf etwa 2.000 bis 3.000 Personen geschätzt. Eine genauere Quantifizierung ist nicht möglich. Eben noch auffällige aktive "Zusammenhänge" haben sich wenige Wochen später bereits wieder aufgelöst. Zudem führt häufiger Wechsel von Aktions- und Politikfeldern zu ständigen Umgruppierungen.

Schon vor der Maueröffnung stellten die Autonomen in Berlin (West) mit mehr als 400 Anhängern das größte Kontingent innerhalb des deutschen linksextremistisch motivierten Gewaltpotentials dar. Damit zählte schon Berlin (West) zu den Zentren der Autonomen in der Bundesrepublik Deutschland. Bereits vor Öffnung der innerdeutschen Grenzen unterhielten Autonome Kontakte zu ähnlich denkenden Gruppen im Ostteil der Stadt und in der ehemaligen DDR; Autonome aus Berlin (West) beteiligten sich u.a. an den Friedensdemonstrationen

in Leipzig. Teilweise verlegten Autonome ihren Wohnsitz in den Ostteil der Stadt. Dabei gelang es ihnen, sich innerhalb kurzer Zeit in der neuen Umgebung einzurichten, Führungsrollen zu übernehmen und die dort anfänglich friedlich agierenden Gruppen zunehmend zu gewaltorientiertem Handeln zu veranlassen. Inzwischen ist davon auszugehen, daß es eine einheitliche, gegenwärtig etwa 650 Personen umfassende autonome Szene in Berlin gibt, soweit Autonome überhaupt als Einheit beschrieben werden können.

Bei der Zahl der Berliner Autonomen ist hinsichtlich ihrer tatsächlichen Stärke ein mobilisierbares Potential in der Berliner Alternativ-Szene und unter türkischen Jugendbanden zu berücksichtigen. Das Ausmaß dieser zusätzlichen Mobilisierungsmöglichkeiten hängt weitgehend vom jeweiligen Anlaß ab und läßt sich daher nur schwer beziffern, dürfte jedoch mehr als 1.000 Personen - nach Einschätzung der Autonomen bis zu 4.000 Personen - betragen. Über den Resonanzeffekt von Autonomen in Ost-Berlin gibt es bisher keine verläßlichen Angaben.

2.1.1.4.3 Die "Militanz" der Autonomen

Gewalt gegen Sachen, aber auch gegen Personen ist für viele Autonome selbstverständlich, Militanz geradezu ein wesentliches Kriterium "autonomer" Politik. Die Militanz der Autonomen äußert sich vor allem durch "Randale" bei Demonstrationen sowie durch Sachbeschädigungen, Brandanschläge und Überfälle auf Einrichtungen des "Schweinesystems" und politische Gegner.

Seit 1989 ist jedoch ein Differenzierungsprozeß im autonomen Lager in der Gewaltfrage sichtbar geworden. Während einerseits autonome Gruppen weiterhin "klandestine militante Aktionen", wie Brandanschläge o.ä., durchführten, zeigte sich andererseits, daß Autonome durchaus bereit sind, auf den Einsatz von Gewalt zu verzichten, insbesondere dann, wenn Militanz für die Erreichung des Ziels nicht opportun erscheint. Autonome, die militantes Vorgehen um jeden Preis durchsetzen wollen, bezeichneten die Abweichler als "autonome Reformisten" oder "Reformautonome".

2.1.1.4.4 Aktuelle Aktivitäten der Autonomen

Zu den Aktionsschwerpunkten Berliner Autonomer zählten 1990 die Anti-Shell-Kampagne, die Unterstützung des Hungerstreiks inhaftierter Mitglieder der spanischen Terrorgruppe GRAPO, die Aktionen anläßlich der Vereinigung Deutschlands, Hausbesetzungen sowie die Aktivitäten militanter Frauen.

Die Aktionsformen der Autonomen reichten hierbei von Versammlungen und Demonstrationen über Sachbeschädigungen bis zu terroristischen Anschlägen, die sich an das Handlungsmuster der "Revolutionären Zellen" anlehnten (vgl. 2.1.5).

Auch 1990 ging die Mehrzahl aller Anschläge - zumeist Brandanschläge mit einfachen, aber wirksamen Mitteln - auf das Konto der Autonomen. Soweit sie Selbstbezichtigungen abgaben, traten sie u.a. unter Namen wie "Internationalistische Zelle", "Autonome Gruppen"; "Autonome Feuerwerker", "Furien" auf.

Bei einigen der oben genannten Themen konnte eine Kooperation zwischen Autonomen und Angehörigen des RAF-Umfeldes festgestellt werden. Diese Zusammenarbeit könnte sich infolge der Veröffentlichung der Taterklärung der RAF zum Anschlag auf Staatssekretär NEUSEL in "INTERIM" und der sich daran anschließenden Diskussion, in deren Verlauf Autonome neuen Raum für eine Strategiedebatte zwischen "Metropolen-Guerilla und autonomer Bewegung" ausgemacht hatten, intensivieren.

- **Anti-Shell-Kampagne**

  Die seit etwa 1987 anhaltende internationale Anti-Shell-Kampagne unter dem Slogan *Shell raus aus Südafrika ! Kill a Multi !*, in deren Verlauf auch in Berlin mehrere militante Aktionen bis zu versuchten Brandanschlägen zu verzeichnen waren, nutzten Autonome 1990, um sich führend an Demonstrationen und Blockaden gegen Shell-Tankstellen zu beteiligen.

  Darüber hinaus begingen im Februar 1990 "einige autonome Gruppen aus West-Berlin" Sachbeschädigungen an mehreren



Shell-Tankstellen und verübten im Juni 1990 unbekannte Täter einen Brandanschlag auf ein mit einem Shell-Emblem versehenes Tankfahrzeug.

Unterstützung des Hungerstreiks inhaftierter Mitglieder der spanischen Terrorgruppe GRAPO

Trotz der Enttäuschung über den unerwarteten Abbruch des Hungerstreiks inhaftierter RAF-Terroristen im Mai 1989, griffen Autonome in der Folgezeit zum Teil führend in die Solidaritätsbekundungen für inhaftierte Mitglieder der GRAPO ein, die bislang von RAF-Anhängern getragen worden waren.

Die für den sog. Tag X, dem möglichen Todestag eines inhaftierten Hungerstreikenden der GRAPO, durch Autonome angekündigten militanten Aktionen blieben jedoch aus, als am 25. Mai 1990 nach 177tägigem Hungerstreik einer der Beteiligten starb.
Am 19. Februar 1990 und 17. August 1990 begingen unbekannte Täter Sachbeschädigungen bzw. einen Brandanschlag gegen Filialen der spanischen VW-Tochterfirma SEAT in Berlin.

Aktivitäten anläßlich der Vereinigung Deutschlands

Bereits weit im Vorfeld des 2./3. Oktober 1990 gingen Angehörige des Berliner RAF-Umfeldes, militante Autonome und Hausbesetzer an die Planung von Gegenaktionen. Unter den Unentschlossenen oder für gewaltfreie Aktionen Eintretenden agierten Angehörige des Berliner RAF-Umfeldes, die vor allem für Militanz warben.

Gleichwohl konnte die Absicht, die zentralen Feierlichkeiten nachhaltig zu stören, nur in beschränktem Umfang in die Tat umgesetzt werden. Unter den ca. 10.000 Demonstranten, die am Nachmittag des 3. Oktober 1990 in einem Protestmarsch unter dem Motto *Deutschland halt's Maul - es reicht!* vom westlichen in den östlichen Stadtteil zogen, befanden sich nahezu 1.000 Autonome. Nach dem Aufzug randalierten rund 500 von ihnen bis in die Nacht hinein auf dem Alexanderplatz sowie in angrenzenden Straßen.

Bereits am späten Abend des 1. Oktober 1990 zündeten je zwei Brandsätze im "Kaufhaus des Westens" (Sachschaden ca. 1,5 Mio. DM) und im "Centrum"-Kaufhaus im östlichen Stadtteil (hoher Sachschaden). In einer Kreuzberger Bankfiliale wurde am frühen Morgen des 2. Oktober 1990 ein Brandsatz in den Kassenraum geworfen.

- **Autonome Hausbesetzerszene**

Nachdem im Westteil Berlins mit wenigen Ausnahmen (Marchstraße/Einsteinufer in Charlottenburg) fast alle besetzten Häuser von der Polizei geräumt worden waren, konzentrierten sich West-Berliner Autonome auf die Neubesetzung von Häusern im Ostteil der Stadt oder zogen in dort bereits besetzte Häuser ein.
Dabei gelang es den aus dem Westteil der Stadt "eingereisten" Autonomen, in der "unerfahrenen" Ost-Berliner Besetzerszene innerhalb kürzester Zeit Führungsrollen zu übernehmen und die dort von der Hausbesetzerszene anfänglich gezeigte moderate Haltung gegenüber der Polizei zu unterdrücken.

Die von "Westautonomen" in die Ost-Berliner Hausbesetzerszene transplantierte Militanz wurde erstmals im Anschluß an eine "Antifaschistische Großdemonstration" am 23. Juni 1990 deutlich sichtbar. Dabei kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und autonomen Hausbesetzern und der Volkspolizei, die einen Angriff auf das von Neonazis bewohnte Haus Weitlingstraße 122 im Bezirk Lichtenberg zu verhindern suchte.

Nach der Räumung von drei besetzten Häusern im Ostteil Berlins am 12. November 1990 nach der "Berliner Linie" (Verhandlungen für bestehende besetzte Häuser, Verhinderung von Neubesetzungen) eskalierte die angespannte Situation. Im Bereich der Mainzer Straße blockierten Autonome den

Fahrzeugverkehr, warfen Steine und bauten Barrikaden, um ein Eindringen der Polizei in die Mainzer Straße zu verhindern. Eine wegen dieser Ausschreitungen beschlossene Räumung der zehn besetzten Häuser in der Mainzer Straße am 14. November 1990 führte zu massiven Angriffen gegen die räumenden Polizeibeamten. Hierbei wurden auch von Dächern aus Steine und Molotowcocktails geworfen. In den Tagen nach der Räumung kam es stadtweit zu Sachbeschädigungen und Ausschreitungen bei Demonstrationen, wobei auch eine Beteiligung von aus dem übrigen Bundesgebiet angereisten Autonomen zu erkennen war.

Im Verlauf des Jahres 1990 verübten Autonome darüber hinaus mehrere Brandanschläge und gezielte Sachbeschädigungen gegen Wohnungsgesellschaften, Immobilienbüros und -händler sowie Baufirmen, die in einen Zusammenhang mit von Autonomen besetzten Häusern oder Häuserräumungen gebracht wurden.
Neben zahlreichen Flugblättern brachten autonome Hausbesetzer aus beiden Teilen Berlins ab August 1990 die "BesetzerInnen-Zeitung" heraus. Sie hat mit ihrem politischen Anspruch für den Ostteil Berlins eine ähnliche Funktion wie das von Autonomen im Westteil Berlins herausgegebene Info-Blatt "INTERIM".

Die autonome Hausbesetzerszene Ost-Berlins ist inzwischen gespalten in solche, die vertraglichen Vereinbarungen mit dem Senat nicht abgeneigt sind und sich deshalb in einem Vertragsgremium organisiert haben, und in solche, die Verhandlungen strikt ablehnen. Die in letzter Zeit in die Minderheit geratenen und im sog. Häuser- oder Besetzerrat zusammengeschlossenen Nichtverhandler stehen unter dem maßgeblichen Einfluß ehemaliger "Westautonomer".

- **Militante Frauenbewegung**

Seit etwa 1987 zunehmend eigenständig auftretende autonome Frauengruppen führten auch 1990 militante Aktionen und Demonstrationen durch. So verübten militante Frauengruppen u.a. einen Brandanschlag sowie Sachbeschädigungen gegen Sex-Shops, störten Veranstaltungen des Katholikentages und initiierten bzw. beteiligten sich an Demonstrationen und Veranstaltungen, insbesondere zu den Themen Rassismus, Sexismus, Patriarchat, Gen-Technologie, § 218 StGB sowie *Frauenhandel und Sextourismus*.

Neben ihrem Kampf gegen das *Patriarchat in Staat und Gesellschaft* wenden sich autonome Frauen auch gegen eine angebliche Unterdrückung in der autonomen Szene. Durch beständige Kritik am *machohaften Gehabe* der "autonomen Männer", u.a. in der "INTERIM", ist es ihnen zunehmend gelungen, ihre Themen auch in autonome Männerzusammenhänge einzubringen.

2.1.1.4.5 Ausblick

Die etwa 650 Personen umfassende autonome Szene im Ost- und Westteil der Stadt bildet nach wie vor keine Einheit. Die Bevormundung der "Ostautonomen" durch ihre aus dem Westen zugereisten Gesinnungsgenossen führte vor allem in der Hausbesetzer-Szene im Ostteil Berlins zu einer zunehmenden Isolierung "Westautonomer", die mit ihrer "Nichtverhandler-Postition" inzwischen in die Minderheit geraten sind.

Auf anderen Betätigungsfeldern Autonomer wurden dagegen Angleichungstendenzen sichtbar. Autonome aus beiden Teilen der Stadt arbeiteten aus Anlaß des 1. Mai 1990 bei "Verteidigungsaktionen" gegen angebliche Faschos und bei Aktionen gegen den Golfkonflikt teilweise eng zusammen.

Trotz der notorischen Organisationsfeindlichkeit Autonomer wurden in jüngster Zeit Vernetzungsbemühungen auf den Gebieten "Antifaschistischer Kampf" , Info-Läden und Cafés sowie in dem Versuch anarchistisch orientierter autonomer Gruppen, zu einer beständigen Zusammenarbeit zu kommen, erkennbar. Dabei reichten die Vernetzungsansätze über die Stadtgrenzen hinaus und schlossen u.a. Potsdam, Leipzig und Dresden wie auch die alten Bundesländer ein.
Bereits jetzt zeichnen sich neben dem "Kampf gegen Faschos" einschließlich Skinheads und Hooligans Themenkomplexe wie die zunehmenden Spannungen im Ostteil der Stadt und auch "Europa 92" als willkommene Anlässe für gemeinsame Krawalle, Sachbeschädigungen und Brandanschläge ab.



2.1.4 Sonderthema: Die Selbstdarstellung einer Berliner RZ in der Diskussion.

Eine offensichtlich in Berlin angesiedelte "Revolutionäre Zelle" (RZ) meldete sich Ende 1989 im autonomen Szene-Blatt "INTERIM" vom 7. Dezember 1989 (Nr. 82) mit einem umfangreichen Positionspapier (*Mit den revolutionären Zellen ins postfordistische Zeitalter*) zu Wort. Die Gruppe gehört nach eigenen Angaben nicht zum *traditionellen Teil der RZ* und hat dieses *Markenzeichen* erst nach einem längeren Diskussionsprozeß übernommen, da es für eine Politik stehe, die ihre *militanten, klandestinen Aktionen* am *Stand der Bewegung* orientiere, dabei Theorie und Praxis verbinde und Kontinuität entwickele.

Wie das Verhältnis zwischen den einzelnen Zellen aussieht, sei den Autoren des Papiers *bis heute nicht ganz klar*. Jede Zelle sei autonom, und nicht nur die *Urzellen* besäßen Anrecht auf die Bezeichnung RZ. Dennoch entbehre die Unterscheidung der Verfassungsschutzbehörden in Ur-RZ und *Resonanz-Zellen* nicht jeglicher Grundlage. Kleine Zellen könnten sich der politischen Vorgaben der größeren Zellen oft nur anschließen. Deshalb sei es wünschenswert, im Interesse der Festlegung einer gemeinsamen politischen Linie der RZ die *interzellulare Demokratisierung* voranzutreiben. Auseinandersetzungen innerhalb der Zellen müßten offener geführt werden, damit die internen politischen Prozesse der RZ in der linken Öffentlichkeit nachvollziehbar würden und so zu einer Verbreiterung der RZ beigetragen werde. Nur so könnten die RZ der Gefahr entgehen, vollends zum Mythos zu werden. Diese Gefahr sei dann besonders groß, wenn die RZ ihre Aktionen nur noch reproduzierten, ohne auf ihre politischen Wirkungen zu achten. In diesem Zusammenhang kritisierten die Autoren die RZ-Kampagne gegen Ausländer- und Flüchtlingspolitik. Die im Rahmen dieser Kampagne verübte Anschlagsserie habe über den angerichteten Sachschaden hinaus politisch nicht viel bewirkt. Die Berliner RZ konstatiert in ihrem Positionspapier eine Krise der militanten Linken und erörtert die Aussichten, die ein *militanter, klandestiner Ansatz* in *schlechten linken Zeiten* habe.

Auch aus einer schwachen Position könne man Erfolge erzielen, wenn *mit einer Mischung aus provokanter Aktion und theoretischer Vermittlung die Finger in ideologische Widersprüche des Gegners gelegt werden und dabei Formen gewählt werden, die weder übersehen werden können, noch uns bei denen diskreditieren, die wir erreichen wollen.*

Hauptangriffspunkt derartiger Aktionen sind in der Konzeption dieser RZ die Vertreter moderner Wachstumsbranchen (Stichworte: High-Tech, Mikroelektronik, Gentechnologie) und Symbole der *Yuppie-Kultur*, die bis weit in die Linke Einzug hielten; diese gelte es *praktisch anzugreifen d.h. Sachschaden anzurichten*. Zum einen werde man durch derartige Aktionen die *Selbstverständlichkeit und politische Unangefochtenheit* dieser Erscheinungsformen gesellschaftlichen Wandels durchbrechen, zum anderen könnten kleinere High-Tech-Unternehmen direkt zur Aufgabe gezwungen werden. Man wolle auf diese Weise *gern dazu beitragen, das wieder im Aufwind befindliche Westberliner Investitionsklima zu schwächen.*

Derartige *klandestine Aktionen* hätten allerdings nur dort Aussicht auf Erfolg, wo - wie in den linken Hochburgen Berlin und Hamburg - diese Aktionen keine Einzelakte seien, breiter diskutiert würden, *potentiell vermassbar sind* und so in politischen Druck umgemünzt werden könnten, etwa mit dem Ziel, die Umstrukturierung der *eigenen Stadtviertel* zu verhindern und *Strukturen von Gegenmacht* aufzubauen. Die Aufgabe von Gruppen wie der RZ sei es dabei, mit ihren Aktionen *immer ein Stück weiter zu gehen, als die Bewegungen bzw. die Linke als Ganzes vermögen*, und sich dabei nicht auf die *Revolution im Kiez* zu beschränken.

Das Positionspapier der Berliner RZ löste in der "INTERIM" eine breite Debatte aus, an der sich überwiegend militante autonome Gruppen beteiligten.

Trotz partieller Übereinstimmung in der Situationsbeschreibung des RZ-Papiers (Stichworte: Krise der militanten Linken, fehlender Austausch innerhalb der Szene, Mangel an politischer Perspektive) wurde in den Stellungnahmen der Avantgardeansatz der RZ kritisiert,

die das Ziel verfolge, *ein Thema durch militante Eingriffe anzuschieben*. Wo die RZ *allein die eigene Einsicht zum Leitfaden des politischen Handelns* mache, würden ihre Aktionen voluntaristisch und liefen Gefahr, in der *Avantgarde-Sackgasse* zu enden (so die "Revolutionäre Vire Thomas Müntzer" in "INTERIM" Nr. 84 vom 21. Dezember 1989).

Unter dem Slogan *Fight the Power - Klassenkrieg 90* erörterte in der gleichen "INTERIM"-Ausgabe eine Gruppe vermutlich militanter Autonomer Kernaussagen des RZ-Papiers. Zu dem Anspruch der RZ, die *Revolution im Kiez* mit dem Widerstand gegen gesellschaftliche Strukturveränderungen zu verknüpfen, vertreten die Autonomen die Position, man müsse die eigene Schwäche akzeptieren und sich dort einbringen, *wo wir noch Machtfaktor sind*. Man hege nicht die Illusion, den Umstrukturierungsprozeß auch nur entscheidend behindern zu können; vielmehr gehe es darum, in der Sabotage gegen die Umstrukturierung eine *proletarische Widerstandskultur* zu entwickeln, durch Besetzung von Politikfeldern Attraktivität für die *proletarischen türkisch-deutschen Jugendlichen* zu entwickeln (auch, um nicht den *Faschos* dieses Feld zu überlassen). In den als Folge des gesellschaftlichen Strukturwandels zu erwartenden *Klassenauseinandersetzungen* müsse die militante Linke mit *handlungsfähigen Strukturen präsent* und in der Lage sein, soziale Unruhen zu verbreitern, *militärisch abzusichern* und in andere Stadtviertel zu verlagern.

Eine Gruppe, die nach eigener Aussage seit *einiger Zeit* versucht, *eine militante Praxis kontinuierlich zu realisieren*, vermißte in dem RZ-Papier eine Auseinandersetzung mit Texten und Praxis der "Roten Zora" und kritisierte ausführlich dessen *patriarchalen und chauvinistischen Hintergrund*. Als Hauptproblem militanter Politik sieht diese Gruppe - und stimmt insoweit mit dem RZ-Papier überein - die Isolation der verschiedenen Kleingruppen. Eine öffentliche Auseinandersetzung über *illegale Organisierung* finde nicht statt, es gebe kaum Kontakt von militanten Gruppen untereinander und daraus folgend keine gemeinsame wirksame Logistik. Jede Kleingruppe müsse fast alle technischen und politischen Schwierigkeiten selbst lösen, die politische Diskussion über *revolutionäre Praxis* könne nur innerhalb der Gruppe selbst stattfinden. Aus diesem Grund plädiert die ihren Text mit **"PudeRZucker"** signierende Gruppe für eine *Vernetzung* der ***revolutionären Gruppen*** zur Organisationsform der Guerilla. (*In Gefahr **und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod***, in: "INTERIM" Nr. 85 vom 11. Januar 1990 und Nr. 87 vom 25. Januar 1990).

In einer mit "RuckiZuckis" gezeichneten Stellungnahme ("INTERIM" Nr. 88 vom 1. Februar 1990) wird die Diskussion, die sich als Folge der Veröffentlichung des RZ-Papiers entwickelte, als *Kunstprodukt* bezeichnet, das ohne Folge bleiben werde. Das Papier sei wohl nur deshalb so ernst und wichtig genommen worden, weil es mit "RZ" unterzeichnet war. Die Autoren kritisieren den *inflationären Gebrauch der bestimmten zwei Buchstaben*, der eher zu politischer Verwirrung als zu *politischer Gemeinsamkeit und Klarheit* führe; sie werfen der *Gruppe, die sich RZ nennt*, vor, daß sie, *bevor noch irgendwas gelaufen ist, bekannt gibt, zu welchem Thema sie aktiv sein will, in welcher Stadt sie aktiv sein will, welche Art von Aktionen sie machen will*. Das sei *eher kontraproduktiv*. Den Verfassern des RZ-Papiers wird besonders ihre *Berlin- bzw. SO 36-Fixiertheit* vorgeworfen. Letztlich werde in dem Papier keine militante *Antipostfordismusstrategie*, [illegible] *[illegible]te Stadtteilstrategie für Kreuzberg 36 mit einigen [illegible] Außenposten* entwickelt. Zur Propagierung [illegible] sei es allerdings nicht notwendig, sich RZ zu nennen. Es wäre klüger, sich nicht *derart ins Rampenlicht der linksradikalen (...) Öffentlichkeit und des Bulleninteresses zu stellen, bevor überhaupt Aktionen gelaufen sind*.



TEDKAD-KOMITEE
(Unterstützungskomitee mit dem revolutionären Kampf in der Türkei und in Kurdistan)

Teichstr. 16e
5000 Köln 30

AN DIE DEMOKRATISCHE ÖFFENTLICHKEIT

"Ortaköy Kültür Merkezi" (Kulturzentrum Ortaköy), das gegen die Entartung der Kulturen der Völker und die Politik der kulturellen Entartung, in allen Bereichen der Kultur mit dem Bewußtsein die eigenen Werte zu verteidigen und die Kultur und Kunst des Volkes zu schaffen, den Kampf geführt hat, wurde am 13.Oktober 1991 durch die Regierung geschlossen und verboten.

Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit auf, gegen die Schließung und das Verbot des "Ortaköy Kültür Merkezi", das bis heute trotz allen Repressalien und Verbotsmaßnahmen dazu beigetragen hat, die revolutionäre und alternative Kunst zu schaffen, zu protestieren und um ihre Wiedereröffnung zu ermöglichen, zu den unten aufgeführten Personen und Behörden Protestschreiben etc. zuzuschicken, um bei den zuständigen Regierungsstellen Druck auszuüben.

(Gouveneur) İstanbul Valiliği, Çağaloğlu Istanbul, Türkei

(Kulturminister) Kültür Bakanlığı, Gökhan Maraşlı, Bakanlıklar Ankara, Türkei

(Ministerpräsident) Başbakan Mesut Yılmaz, Başbakanlık, TR-06573 Ankara/Türkei
Telegramm: =tlx44061= başbakanlık, Ankara/Türkei
Telefax: (0090) 41-170 476, (0090) 42-308 896
Telex: 0607 bbmt tr, 44062 bbmt tr, 0607 44063 bbmt tr; 0607 42099 basb tr, 0607 42875 bbk tr

İçişleri Bakanlığı (Innenministerium), Mustafa Kalemli, İçişleri Bakanlığı, TR-06644 Ankara/Türkei
Telegram: =tlx46369= İçişleri Bakanı, Ankara/Türkei
Telex: 0607 46 369 icsl tr
Telefax: (0090) 41.18 17 95; (0090) 41-25 65 20; (0090) 41-17 23 90; (0090) 41-25 28 58; (0090) 41-28 43 46;

Adalet Bakanlığı (Justizministerium) Şakir Şeker, TR-06659 Ankara/Tükei
Telegram: Adalet Bakanlığı, Ankara/Türkei
Telefax: (0090) 41-25 40 66;

(Präsident) Turgut Özal, Cumhurbaşkanlığı Ankara/Türkei

Mohawk/UreinwohnerInnen Widerstand in den USA und Kanada

Veranstaltung

**Diese Veranstaltung kann geordert werden.
Sie wird von einem autonomen Antifa "referiert" (scheiße wie nennt mensch sowas?).
Schwerpunkte sind:**
***Geschichte der Nordamerikanischen UreinwohnerInnen (Ue),**
***Geschichte der Kolonisation der "neuen Welt",**
***Widerstand der Ue, damals und heute,**
***Chronologie des Mohawk-Aufstandes im Sommer 90, im Zusammenhang mit der Geschichte der Mohawk, ihrer sozialen Organisation, ihrem Selbstverständnis und Ereignissen die zum Verständnis der Ereignisse des Sommers 90 notwendig sind,**
***die Mohawks als Beispiel für eine (ehemals?) geschlechtsegalitär organisierte Gesellschaft (das heißt weder patriarchal noch matriarchal),**
***Politische bzw. Kriegsgefangene der Ue (z.B. Leonard Peltier) mit bezug zur FREEDOM NOW Kampagne in den USA,**
***Internationalismusdiskussion, mit bezug zu:**
***500 Jahre Kolonialismus,**
***WWG 92 in München,**
***etc... .**

Die Veranstaltung besteht aus einem Vortrag, Dias, einem kurzen Film, und wenn's gut klappt aus 'ner anschließenden Diskussion.
Ergänzend zur Veranstaltung gibt es eine Broschüre, die sich mit dem Mohawk Aufstand auseinandersetzt, bzw. mit der Geschicht und Gegenwart der Ue. Diese kostet 5 Maak (+ Porto) und kann natürlich auch seperat bestellt werden.
Bei der positiv aufgenommenen "Premiere" der Veranstaltung, dauerte das ganze ca. zwei Stunden.
Es ist jedoch auch ein Anliegen des "Veranstalters" das ganze so locker und spontan zu halten wie möglich, also zu versuchen ein KonsumentInnen/ProduzentInnen Verhältnis so gering wie möglich zu halten. Am schönsten wär's, wenn das ganze den Stil einer gemeinsamen Unterhaltung/Diskussion hätte. Hieraus resultierend wird der "Veranstalter" Abschweifungen nicht abblocken etc., so daß die Veranstaltung auch wesentlich länger dauern kann, bzw. einen ganz anderen Verlauf nehmen kann.
Es wird auch relativ viel Infomaterial aus Kanada zum Anschauen mitgebracht, dies ist recht interessant.

Eventuell existiert bis dahin auch ein längerer Film über den Mohawk Aufstand, was jedoch noch nicht abzusehen.

Der Anspruch der Veranstaltung ist es erklärtermaßen, eine Diskussion darüber zu führen wie wir Internationalismus als Linke so bestimmen und vorallem praktizieren können, daß er wieder in Bezug zu den realen Kämpfen weltweit, aber vorallem zu den Kämpfen hier steht. Was natürlich mit dieser einen Veranstaltung nicht erreichbar ist, die jedoch ein Schritt in diese Richtung sein will.

Die Konditionen, um die Veranstaltung zu ordern, sind:
ein Brief an die unten angegebene Adresse, ein Terminvorschlag, plus Ausweichtermine, Fahrtkosten, Verpflegung und Unterbringung (Pennplatz).

Adresse:
**Antifa Jugend
"AG-Ue"
c/o ASTA der TU Braunschweig
Katharinenstr. 1
3300 Braunschweig**

Tel.: Freitags von 18:30 bis 21:00 Uhr unter der Ruf Nr.0531/3914557

ANTIFASCHISTISCHE JUGEND

Autonome Gruppe Braunschweig

Termine

Do. 24.10. Film "Ein Neger wie andere auch" im Infoladen DANEBEN Rigaer Str.84 20.00 Uhr

VV zur Demo am 30.10. gegen die Innenministerkonferenz um 20.00 im Versammlungsraum

Fr. 25.10. Video in Babylonia, Cuvrystr. 23
19.00 Uhr: "will be televised"
Widerstand in Taiwan (O.m.engl.U.. 1991)

Sa. 26.10 Frauenfete in der Kreutzigerstr.18, Motto "Die frühen 80ér"

So. 27.10. Fotoaustellung "Sinti und Roma" 16.00 Eröffnung in der Galerie Olga Benario Weserstr.5

20.00 Uhr, Antijapanische Art Performance mit Seiji Shimoda, ab 19.00 Uhr asiatische Volxküche im Subversiv, Brunnenstr. 7 in Mitte

Di. 29.10. Vorbereitungstreffen zur Aktionswoche "1 Jahr mainzer-räumung" in der Kreutziger 18 um 20.00

Do. 31.10. Videos "Wir sind Sintikinder und keine Zigeuner" und "Schimpft uns nicht Zigeuner" in der Galerie Olga Benario um 19.00

Frauenmusikfestival vom 7.-10.11. im SO 36,

Bei einer Kiste Schokolade und ca.15 Kalenderexemplaren würde euch als "Lohn" eine Werbeanzeige winken!!

Notiz: "435 Tage im Hungerstreik", Spanien Juni 91
Verleih: Mediengruppe Schrägspur,Schillerstr.28
6900 Heidelberg

Totschlagsprozeß endet mit Freispruch

Mit einem Freispruch vom Vorwurf des versuchten und vollendeten Totschlags endete am Mittwoch der Prozeß gegen den 22jährigen türkischen Kraftfahrer Ayhan Ö. vor einer Moabiter Schwurgerichtskammer. Nach den Feststellungen des Gerichts hatte Ö. in Notwehr gehandelt, als er am späten Abend des 16. November 1990 in einem S-Bahn-Zug den 20jährigen Republikaner René G. erstach und zwei seiner Freunde schwer verletzte.

Ayhan Ö., in jener Nacht mit zwei Landsleuten und zwei deutschen Freundinnen unterwegs, war zwischen den S-Bahnhöfen Springpfuhl und Friedrichsfelde von der der Skinhead-Szene nahestehenden Gruppe um René G. mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft worden. „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus und Heil Hitler", hatte es geheißen, bevor Ayhan Ö. tätlich angegriffen wurde. Demonstrativ habe dann einer der Männer eine Gaspistole geladen, wobei Ö. nicht gewußt habe, ob es sich um eine scharfe Waffe handle. Aus Angst um sein Leben, so das Gericht, habe der Angeklagte sein Messer gezogen. Das Urteil entsprach dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Tsp

Der neue DURCHBLICK (Nr. 6) ist da. Schwerpunkt ist diesmal das Thema "ausländische Knäste". Artikel und Berichte zu Großbritannien, USA, Portugal, Skandinavien u.v.m.
Für Leute in Knast und Psychiatrie umsonst, für Draußen 4 Mark. Schreibt dazu, ob Ihr ein Abo oder nur'n Einzelexemplar wollt.
Bestellungen an: DURCHBLICK, c/o Buchladen, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61. Knete in Briefmarken oder auf's Konto: Thomas-D. Lehmann, Sparkasse d. Stadt Berlin-West, BLZ 100 500 00, Kto.-Nr. 340 157 860

GEGEN NAZIS





ACHTUNG!

PAULI IN TOWN

DIE ZWOTE

SAMSTAG 26.10.

Treffpunkt

KOTTI (=KOTTBUSSER TOR) 13.00 MEZ

KICK OFF

15.00 OLYMPIANTEN-STADL

BLAUWEISS 90 vs. FC ST. PAULI

Berliner Fußballfans und St. Pauli-Fans gehen gemeinsam ins Stadion.

Antifaschistische Fußball Fan Ini